



Financing
our shared
future.



Geschäftsbericht

2023



Inhalt

Zahlen, Daten und Fakten	3
Lagebericht.....	5
Jahresabschluss 2023.....	22
Anhang	26
Bestätigungsvermerk.....	53

Zeichenerklärung

Ein gerundeter tatsächlicher Wert unter 500 Euro ist in den Tabellen mit „0“ ausgewiesen.
Ist kein Zahlenwert vorhanden, ist diese Position mit „-“ dargestellt.
Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Zahlen, Daten und Fakten

Geschäftsjahr 01.01.2023 – 31.12.2023

Oesterreichische Entwicklungsbank AG (OeEB)

- Entwicklungsbank im Auftrag der Republik Österreich
- Mitglied des Verbandes der europäischen Entwicklungsbanken: European Development Finance Institutions (EDFI)

Gegründet 2008 in Wien

- 100 %-Tochterunternehmen der Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft mit dem Auftraggeber Bundesministerium für Finanzen (BMF)
- Grundkapital 5.000.000,-- Euro
- 69 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 9 weitere in Karenz (31.12.2023)
- Standard & Poor's Langfrist-Rating „AA+“ und Kurzfrist-Rating „A-1+“

Finanzkennzahlen

Mio. Euro	2023
Bilanzsumme	1.400,77
Jahresüberschuss	4,20
Jahresgewinn	3,26
Gesamtportfolio* per 31.12.	1.727,48

* Gesamtes kommittiertes Portfolio an Krediten und Beteiligungen

Neu unterschriebene Projekte 2023

Mio. Euro	2023
Investitionsfinanzierungen	389,55
Beteiligungen	9,12
Business Advisory Services	0,49

Beitrag zur Entwicklung

Im Auftrag der Republik Österreich finanziert die Oesterreichische Entwicklungsbank AG (OeEB) private Projekte in Entwicklungsländern und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung in diesen Ländern.

Auf Basis der von der OeEB umgesetzten Projekte werden nachhaltige entwicklungspolitische Effekte, insbesondere die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, der Zugang zu sauberer, leistbarer Energie, der Zugang zu Finanzierungen – besonders für Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe – geschaffen.

So trägt die OeEB zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen bei. Die insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele haben die Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Menschen sowie den Schutz des Planeten zum Ziel.



Die Projekte der OeEB leisten insbesondere einen Beitrag zu den Sustainable Development Goals (SDGs):

- SDG 1 (Bekämpfung der Armut in allen Formen),
- SDG 7 (Zugang zu bezahlbarer und sauberer Energie),
- SDG 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz),
- SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum),
- SDG 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur).

Zu den entwicklungspolitischen Kennzahlen auf Portfolio-Ebene verweisen wir auf die Website:

www.oe-eb.at

Lagebericht

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

Die Oesterreichische Entwicklungsbank AG (OeEB) unterstützt im Auftrag der österreichischen Bundesregierung den Auf- und Ausbau von Privatsektor-Projekten in Entwicklungsländern gemäß der OECD Development Assistance Committee List.

Die gesetzliche Grundlage für die Tätigkeit der OeEB wurde mit einer Novelle im Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) geschaffen. Die OeEB ist zudem den Zielen und Prinzipien des Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes verpflichtet.

Entsprechend ihres Mandates finanziert die OeEB entwicklungspolitisch nachhaltige, wirtschaftliche, private Projekte in Entwicklungsländern unter Einhaltung u.a. von nationalen und internationalen Umwelt- und Sozialstandards. Der Privatsektor ist ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung und für nachhaltiges Wachstum in Entwicklungsländern. Private Investitionen schaffen und sichern Arbeitsplätze, generieren lokales Einkommen und lokale Wertschöpfung, ermöglichen den Zugang zu sauberer, leistbarer Energie und vieles mehr.

Damit Privatsektor-Projekte finanziert werden können, braucht es Entwicklungsbanken wie die OeEB, die dort finanzieren, wo Finanzierungen vom Markt nicht oder nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Die OeEB bietet dabei maßgeschneiderte Finanzierungslösungen an, die auf das konkrete Projekt, die aktuelle wirtschaftliche Situation und die Risikolage des jeweiligen Entwicklungslandes abgestimmt sind. Die OeEB kann mit klassischen Finanzierungsinstrumenten wie langfristigen Darlehen, subordinierten bzw. beteiligungsähnlichen Darlehen und Beteiligungen unterstützen. Durch das Engagement der OeEB kann weiteres dringend benötigtes Kapital von privaten Investoren mobilisiert werden.

Kunde der OeEB kann prinzipiell jedes private Unternehmen aus einem Industrie- oder Entwicklungsland sein, das Projekte in Entwicklungsländern umsetzt. Ein wesentlicher Aspekt der Kundenauswahl ist unter dem Begriff „verantwortungsvolle Finanzierung“ zu sehen. Neben der Implementierung von Umwelt- und Sozialstandards stehen Transparenz und Corporate Governance im Blickpunkt.

Dabei ergänzt die OeEB die klassischen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, wie z. B. humanitäre Hilfe, durch Entwicklungsfinanzierung auf Augenhöhe zu marktnahen Konditionen. Mit fundiertem Strukturierungs-Know-how und umfassender Beratung unterstützt die OeEB die Umsetzung von komplexen Projektvorhaben u.a. im Erneuerbaren Energiebereich.

Zusätzlich unterstützt die OeEB mit Technische Hilfe-Mittel (nicht rückzahlbare Zuschüsse aus OeEB-Eigenmitteln) projektbegleitende Maßnahmen, welche die entwicklungspolitischen Wirkungen verstärken und/oder die Implementierung von Umwelt- und Sozialmaßnahmen unterstützen.

Mit dieser Art von Geschäft sind naturgemäß hohe Projekt- und Länderrisiken verbunden. Bevor einzelne Geschäfte dem Gesamtvorstand und dem Aufsichtsrat bzw. den im Gesetz vorgesehenen Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden, wird das Projekt- bzw. Länderrisiko einer genauen Prüfung unterzogen.

Die OeEB als privates Spezialinstitut mit Banklizenz und öffentlichem Mandat handelt unternehmerisch und erwirtschaftet nachhaltige Erträge.

Entsprechend der OeEB-Strategie (Strategiezyklus 2019 – 2023) „Financing Our Shared Future“ positioniert sich die OeEB als thematisch fokussiertes Spezialinstitut mit breiter regionaler Ausrichtung. Thematische Schwerpunkte sind „Erneuerbare Energie“, „Mikro,- Klein- und Mittelbetriebe (MKMU)/Finanzielle Inklusion“ und „Infrastruktur“. Die beiden Themen „Klimaschutz“ und „Gender“ sind als Querschnittsmaterien verankert. Im Jahr 2024 wird die OeEB darauf aufbauend eine neue Strategie für die kommenden fünf Jahre bis 2028 in Kraft setzen. Umfassende Aktivitäten zur Bekämpfung des Klimawandels, ein stärkerer Fokus auf die Themenschwerpunkte Green Finance und Gender Equality sowie die verstärkte Zusammenarbeit auf EU-Ebene stehen darin im Fokus.

Neben einer Vielzahl von eigenständig abgeschlossenen Projekten kooperiert die OeEB auf internationaler Ebene vor allem mit den derzeit insgesamt 15 bestehenden europäischen Entwicklungsbanken, den sogenannten „European Development Finance Institutions“ (EDFI), die sich zum Ziel gesetzt haben, gemeinsam Privatsektorprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern zu finanzieren. Weiters wird auch mit multilateralen Entwicklungsbanken zusammengearbeitet.

Entwicklungs- und Schwellenländer sind von globalen Herausforderungen besonders stark betroffen. Gerade in unsicheren Zeiten kommt Entwicklungsbanken wie der OeEB daher eine wichtige antizyklische Rolle zu. Sie stellen das für die Bewältigung von Krisen dringend benötigte Kapital bereit und tragen so dazu bei, wirtschaftliche Abschwünge abzufedern und die Krisen-Resilienz ihrer Partnerländer zu stärken. Auch das Jahr 2023 war von vielfältigen Herausforderungen geprägt, die auch im Jahr 2024 fortbestehen werden. Vor allem der Krieg in der Ukraine, der Nahost-Konflikt und die hohe Inflation sorgen für makroökonomische Unsicherheiten. Dennoch konnte die OeEB ihr Neugeschäft im Jahr 2023 deutlich steigern.

Geschäftsverlauf

Geschäftsfeld Investitionsfinanzierung (IF)

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 25 Transaktionen mit einem Geschäftsvolumen von 390 Mio. Euro unterfertigt. Davon wurden 18 Transaktionen eigenständig zwischen OeEB und den Kunden abgeschlossen und 7 Transaktionen mit bewährten Kofinanzierungspartnern umgesetzt. Dies war eine deutliche Steigerung des Neugeschäftsvolumens im Ausmaß von 101 Mio. Euro bzw. 35 % (2022: 80 Mio. Euro). Unter den abgeschlossenen Transaktionen befinden sich mehrere „Leuchtturmprojekte“ welche besonders hervorstechen – u. a. das erste Bond Investment der OeEB (Finanzinstitution in Usbekistan), eine Telecom Towers Projektfinanzierung in einem Least Developed Country („LDC“ - Uganda), ein Kläranlageprojekt in Indien, das erste Fond Investment mit Fokus auf Green Bonds sowie die Umstrukturierung eines Mikrofinanzfonds in den ersten „Global Gender Smart Fund“.

14 der 25 Transaktionen mit einem Neugeschäftsvolumen in Höhe von 212 Mio. Euro (54 %) wurden im Realsektor, d. h. an privatwirtschaftliche Unternehmen bzw. Projektgesellschaften in Entwicklungsländern direkt ausgereicht. Weitere 178 Mio. Euro (46 %) wurden in Zusammenarbeit mit lokalen Finanzintermediären, wie Mikrofinanz- und anderen Spezialfonds sowie Finanzinstitutionen, abgeschlossen, die nach OeEB-Vorgaben Kredite an die Realwirtschaft bereitstellen.

Insgesamt umfasste das Geschäftsfeld IF 1.337 Mio. Euro (2022: 1.284 Mio. Euro) und wurde in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute – sonstige Forderungen, Forderungen an Kunden und Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen. Die Refinanzierungsquellen der OeEB waren einerseits die Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft mit 1.317 Mio. Euro (2022: 1.242 Mio. Euro) und andererseits der Bund mit 6 Mio. Euro (2022: 7 Mio. Euro). Die Refinanzierung mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist zu Geschäftsjahresende ausgelaufen, 2022 betrug sie 29 Mio. Euro. Das gesamte kommittierte Portfolio inkl. noch nicht gezogener Finanzierungen, Risikounterbeteiligungen und ohne Treuhandprojekte betrug 1.577 Mio. Euro (2022: 1.471 Mio. Euro).

Das Durchschnittsrating des Portfolios war im Jahr 2023 stabil bei BB- nach S&P. Der Nettoschaden unter den Bundeshaftungen in Höhe von 4,71 Mio. Euro lag deutlich unter dem Prognosewert von 25,1 Mio. Euro. Die weitere Entwicklung der Portfolioqualität ist von den gestiegenen politischen Risiken in einigen unserer Zielländer bzw. -regionen (z. B. Ägypten, Ecuador, Kaukasus-Region etc.) abhängig. Das Eigenkapital der OeEB zum 31.12.2023 betrug 63 Mio. Euro (2022: 59 Mio. Euro) und erhöhte sich durch die Dotierung der freien Gewinnrücklagen.

Geschäftsfeld Beteiligungen (BE)

Mit dem Instrument Beteiligungen kann die OeEB treuhändig für das Bundesministerium für Finanzen (BMF) Eigenkapitalbeteiligungen in Form von Direkt- oder Fondsbeteiligungen eingehen. Im Geschäftsjahr 2023 wurde eine Transaktion für das BMF abgeschlossen, ein Projekt im Bereich Erneuerbare Energie in Höhe von 3,6 Mio. Euro mit dem Ziel, im Nahen Osten, Nordafrika, der Türkei, dem Balkan und Zentralasien zu investieren. Zudem wurde eine Investition aus Eigenmitteln in Höhe von 4 Mio. Euro in einen Dachfonds getätigt, der in Zielfonds investieren wird, die in erneuerbaren Energien und andere klimarelevanten Sektoren in Afrika, Asien und Lateinamerika aktiv sind. Aus Mitteln der Afrikafazilität (African-Austrian SME Investment Facility – AAIF) wurde im Jahr 2023 ein neues Projekt in Höhe von 1,5 Mio. Euro unterschrieben.

Der Gutmann OeEB Impact Fund, ein Gemeinschaftsprojekt zwischen der OeEB und Bank Gutmann AG, setzte sein Investitionsprogramm erfolgreich fort. Mit Ende 2023 hat der Gutmann OeEB Impact Fund insgesamt acht Investitionen mit einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. Euro abgeschlossen.

Auszahlungen an die Projektpartner erfolgen sukzessive für Gemeinkosten auf Fondsebene bzw. für Einzelgesellschaften auf Portfolioebene oder via Kapitalerhöhungen bei Direktbeteiligungen. Der Projektstatus sowie die allgemeine, entwicklungspolitische und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen werden regelmäßig dokumentiert. Bei der Mehrheit der Beteiligungsprojekte nimmt die OeEB auch eine aktive Rolle im Aufsichtsrat oder einer ähnlichen Funktion wahr.

2023 wurden Auszahlungen von rund 18 Mio. Euro - auch an Projektpartner aus in den Vorjahren unterzeichneten Projekten - geleistet. Davon entfallen rund 14,5 Mio. Euro auf das Portfolio, welches treuhändig für das BMF gehalten wird.

Die genehmigten Bundesmittel des Treuhandgeschäfts, inklusive Afrikafazilität, belaufen sich auf insgesamt 137 Mio. Euro.

Geschäftsfeld Business Advisory Services (BAS) - Mittel für Technical Assistance

Durch den Einsatz von nicht rückzahlbaren Zuschüssen für sogenannte „Technische Assistenz“ können Projekte in ihrer entwicklungspolitischen Wirkung vorbereitet und verbessert werden. Beispiele für mit diesen Mitteln unterstützbare Maßnahmen sind projektvorbereitende Analysen, projektbegleitende Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, sowie Evaluierungen.

Die Finanzierung der Technischen Assistenz-Projekte im Geschäftsjahr 2023 erfolgte zur Gänze aus Eigenmitteln der OeEB. Das dafür zur Verfügung stehende Budget ist mit 10 % vom Jahresüberschuss des Vorjahres zuzüglich nicht genehmigter Mittel aus 2022 festgelegt und belief sich inkl. kumulierter Rückflüsse bis Ende 2023 auf 626 Tsd. Euro. Davon konnten 8 Projekte mit einem Volumen von insgesamt 563 Tsd. Euro genehmigt werden. Die verbleibenden 63 Tsd. Euro stehen für neue Projekte im Geschäftsjahr 2024 zur Verfügung.

Die OeEB schloss im Geschäftsjahr 2023 Technische Assistenz-Verträge für insgesamt 7 Projekte in Höhe von 492 Tsd. Euro ab.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren genehmigte und abgeschlossene Projekte, die in direkter Verbindung zu von der Abteilung Investitionsfinanzierungen finanzierten bzw. von der Abteilung Beteiligungen aus Bundesmitteln unterstützten Projekten standen, in der Mehrzahl. Beispielsweise unterstützte die OeEB Untersuchungen zur menschenrechtlichen Auswirkung ihrer Investitionen und leistete einen finanziellen Beitrag zu Technische Assistenz-Fazilitäten ausgewählter Fonds. Inhaltlich werden damit unter anderem die Themen Klimafinanzierung und Biodiversität gestärkt.

Die OeEB hat 2023 Auszahlungen aus Eigenmitteln in Höhe von 571 Tsd. Euro an Projektpartner geleistet. Sämtliche Auszahlungen sind an die Fortschritte innerhalb der Projekte gebunden und stellen somit die Erreichung entwicklungspolitischer Ziele sicher.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 4.200.381,63 Euro (2022: 3.648 Tsd. Euro) und einem Jahresgewinn nach Dotierung von Rücklagen in Höhe von 3.262.981,63 Euro (2022: 186 Tsd. Euro).

Der Nettozinsertrag hat sich im Geschäftsjahr um 5.468.431,12 Euro (2022: -2.886 Tsd. Euro) auf 15.360.087,09 Euro (2022: 20.829 Tsd. Euro) vermindert. Diese Verminderung erklärt sich u. a. durch die gestiegenen Kosten für Refinanzierungen durch das steigende Zinsniveau. Bei den Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen sind aufgrund der Zinsentwicklung, gesteigerter Performance nach der COVID-19 Pandemie, aber auch aufgrund des Wachstums des IF-Fondsportfolios steigende Erträge zu verzeichnen.

Das Provisionsergebnis ist negativ in Höhe von -14.779.627,67 Euro (2022: minus 11.678 Tsd. Euro). Die Provisionserträge von 5.310.999,60 Euro (2022: 6.026 Tsd. Euro) lagen unter dem Vorjahresniveau und resultieren aus diversen Fees aus den Investitionsfinanzierungen und dem Gestionsentgelt aus der treuhänderischen Abwicklung der Beteiligungen und Treuhandkredite für das BMF. Die Provisionsaufwendungen in Höhe von 20.090.627,27 Euro (2022: 17.704 Tsd. Euro) liegen aufgrund der Erhöhung der Garantieentgelte für Neuverträge seit 2019 über dem Vorjahresniveau und bestehen aus den bezahlten und zeitanteilig abgegrenzten Haftungsentgelten, die an das BMF aufgrund der Haftungen für politische und wirtschaftliche Risiken (§ 9 AusfFG) zu entrichten sind.

Das Ergebnis aus Finanzgeschäften beläuft sich auf minus 318.347,51 Euro (2022: plus 288 Tsd. Euro).

Insgesamt konnte dadurch ein moderater Anstieg bei den Betriebserträgen auf 21.252.590,31 Euro (2022: 20.649 Tsd. Euro) erwirtschaftet werden.

Die Betriebsaufwendungen in Höhe von rund 15.392.532,05 Euro (2022: 13.957 Tsd. Euro) setzten sich insbesondere aus Personalaufwendungen in Höhe von 8.981.899,88 Euro (2022: 8.305 Tsd. Euro) und den sonstigen Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand) von 6.083.207,03 Euro (2022: 5.610 Tsd. Euro) zusammen. Der Anstieg beim Sachaufwand resultierte im Wesentlichen daraus, dass die OeEB vermehrt in Entwicklungsfinanzierungsprojekte in EU-Gesellschaften investiert, die als zwischengeschaltete Kapital-sammelstellen dienen, um Entwicklungsfinanzierungskapital zu bündeln und die Mittel anschließend einem Entwicklungsfinanzierungsprojekt außerhalb der EU zuzuführen. In solchen Fällen liegen jedoch EU-Vertragspartner vor, die für die steuerliche Beurteilung heranzuziehen sind. Die OeEB ist daher aus umsatz-steuerlicher Sicht nicht mehr zum vollen Vorsteuerabzug berechtigt. Die Aufwendungen, die nicht direkt einem Projekt zuzuordnen sind, steigen um den nicht abzugsfähigen Anteil der Vorsteuern.

Die Personalaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, dies ergab sich aus den gestiegenen Kollektivvertragsabschlüssen.

Somit ergab sich für das Geschäftsjahr ein Betriebsergebnis in Höhe von 5.860.058,26 Euro gegenüber 6.692 Tsd. Euro im Vorjahr. Nach Berücksichtigung des negativen Bewertungsergebnisses von 28.257,21 Euro (2022: negativ 56 Tsd. Euro) und den Steuern in Höhe von 1.215.515,28 Euro (2022: 1.208 Tsd. Euro) ergab das einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 4.200.381,63 Euro (2022: 3.648 Tsd. Euro).

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem BMF und der OeEB vom 17.11.2016 über die Verwendung von eigenen Mitteln der OeEB ist ein Betrag von 1.184.798,89 Euro (2022: 1.335 Tsd. Euro) den freien Gewinnrücklagen für die Durchführung von Technischen Assistenz-Projekten im Geschäftsfeld Business Advisory Services gewidmet. Im Geschäftsjahr wurde ein Betrag in Höhe von 10 % des Jahresüberschusses 2023, d.s. 420.038,16 Euro, den Gewinnrücklagen zugewiesen, ein Betrag von 570.563,18 Euro wurde für die Durchführung von Technischen Assistenz Projekten aufgelöst. Aus dem Jahresüberschuss wurden 1.087.925,02 Euro (2022: 3.669 Tsd. Euro) den übrigen freien Rücklagen zugeführt.

Der im Geschäftsjahr ausgewiesene Bilanzgewinn beträgt 3.310.653,54 Euro (2022: 233 Tsd. Euro).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren Schadensfälle bei 8 Geschäftspartnern (2022: 8 Geschäftspartner) zu verzeichnen, die alle vom BMF im Rahmen der oben angeführten Haftungen für politische und wirtschaftliche Risiken (§ 9 AusfFG) anerkannt worden sind. In Verbindung mit den Schadensfällen wurden Wertberichtigungen für nicht unter der Bundeshaftung gedeckte Provisionen bzw. Verzugszinsen iHv. 443.315,03 Euro (2022: 155 Tsd. Euro) vorgenommen.

Das Durchschnittsrating des Portfolios unter den Bundeshaftungen hat sich wieder von B+ auf BB- nach S&P verbessert. Die weitere Entwicklung der Portfolioqualität ist neben der weiteren Entwicklung der COVID-19-Pandemie auch von den gestiegen politischen Risiken in einigen unserer Zielländer abhängig. Bei Kunden im Finanzsektor war weiterhin eine erhöhte Anzahl an Financial Covenants-Verletzungen, vor allem im Bereich Portfolioqualität/Risikovorsorgen, zu verzeichnen. Die Schadensentwicklung unter den Bundeshaftungen lag aber mit 4,7 Mio. Euro deutlich unter dem Prognosewert von 25,1 Mio. Euro. Die Bewertungen des Beteiligungsportfolios haben sich weiter verbessert und lagen teilweise über Vor-Pandemie Niveau.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Jahresüberschuss je Aktie

Bei einem Jahresüberschuss von 4.200.381,63 Euro und einem Grundkapital, welches in 50.000 auf Namen lautende nennwertlose Stückaktien zerlegt ist, wird ein Jahresüberschuss je Aktie von 84,01 Euro ausgewiesen.

Kennzahlen

Die gestiegene Cost-Income-Ratio (Betriebsaufwendungen/Betriebserträge) von 72,43 % (2022: 67,59 %) resultiert im Wesentlichen aus dem rückläufigen Nettozinsertrag durch gestiegene Refinanzierungskosten und höheren Haftungsentgelten sowie einem Anstieg der Betriebsaufwendungen. Dieser entsteht aus Aufwendungen aus dem nicht abzugsfähigen Anteil an Vorsteuern.

Die Kernkapitalquote (Kernkapital gemäß CRR/gewichtete Aktiva) liegt 2023 bei 141,04 % (2022: 133,45 %) und die Leverage Ratio (Kernkapital/Gesamtsumme der Risikopositionen) bei 318,16 % (2022: 311,90 %).

Bericht über die Forschung und Entwicklung

Aufgrund des spezifischen Mandates betreibt die Gesellschaft weder Forschung noch Entwicklung.

Bericht über Zweigniederlassungen

Der Standort der Gesellschaft befindet sich in 1010 Wien, Strauchgasse 3.

Die OeEB unterhält keine Zweigniederlassungen oder Auslandsbüros.

Risikomanagementsystem

Internes Kontrollsystem

Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist ein grundlegendes Element der internen Governance-Regelungen zur Sicherstellung der Anleger-, Kunden- und Unternehmensinteressen. Es dient zur Identifizierung der Risiken aus den jeweiligen internen Prozessen sowie Sicherstellung der Wirksamkeit und Effektivität der im Unternehmen vorhandenen wesentlichen Kontrollen.

Es umfasst alle wesentlichen Geschäftsprozesse, damit die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Geschäftstätigkeit, die Zuverlässigkeit von betrieblichen Informationen (auch nicht-finanzielle Berichterstattung, z. B. Corporate Responsibility) sowie die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften (Compliance) gewährleistet sind.

Mag. Michael Wancata trägt innerhalb des Vorstandes der OeEB die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems. Die Umsetzung erfolgt gemeinsam mit der bzw. durch die OeKB, abgestimmt auf die individuellen Bedürfnisse der OeEB.

Für die Beschreibung der wesentlichen Merkmale wird die Struktur des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) herangezogen. Das COSO-Rahmenwerk besteht aus fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumgebung, Risikobeurteilung, Kontrollaktivitäten, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Kontrollumgebung

Der grundlegende Aspekt der Kontrollumgebung ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die Mitarbeitenden operieren. Kontinuierlich wird an der Verbesserung der Kommunikation und der Vermittlung der unternehmenseigenen Grundwerte gearbeitet.

Die Implementierung des Internen Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist in den internen Richtlinien und Vorschriften des Rechnungswesens festgesetzt. Die Verantwortlichkeiten in Bezug auf das Interne Kontrollsystem wurden an die Unternehmensorganisation angepasst, um ein den Anforderungen entsprechendes und zufriedenstellendes Kontrollumfeld zu gewährleisten.

Internal Audit/Group Audit überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung der internen Vorschriften. Die Leitung des Internal Audit/Group Audit berichtet direkt an den Vorstand. Die Tätigkeiten der Internen Revision wurden mittels Dienstleistungsvertrag an die OeKB ausgelagert.

Risikobeurteilung

Risiken (in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess) werden durch das (Konzern-)Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf die wesentlichen Risiken gelegt.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Da alle Kredite der OeEB durch Haftungen der Republik Österreich besichert sind, trifft dies insbesondere auf die Sachverhalte/Posten des Abschlusses zu, die beispielsweise die Bewertung des Eigenportfolios sowie die Personalrückstellungen betreffen.

Kontrollaktivitäten

Zusätzlich zu Aufsichtsrat und Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene wie z. B. die Abteilungsleitungen.

Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler in der (Finanz-)Berichterstattung entdeckt und korrigiert werden.

Es liegt in der Verantwortung des Vorstandes in Zusammenarbeit mit der OeKB, dass die Hierarchieebenen so ausgestaltet sind, dass eine Aktivität und die Kontrolle dieser Aktivität nicht von derselben Person durchgeführt werden (4-Augen-Prinzip).

IT-unterstützte Kontrollmaßnahmen stellen einen Eckpfeiler des Internen Kontrollsystems dar. So wird die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen unterstützt. Für Rechnungslegung und Finanzberichterstattung wird die Software SAP ERP verwendet. Die Funktionsfähigkeit dieses Rechnungslegungssystems wird unter anderem auch durch im System eingerichtete automatisierte IT-Kontrollen gewährleistet. Die Gesellschaft hat den Bereich IT an die OeKB ausgelagert, wodurch bei der OeEB dieselben hohen Sicherheitsstandards angewendet werden.

Information und Kommunikation

Die Anforderungen hinsichtlich (Finanz-)Berichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeitenden kommuniziert. Der Aufsichtsrat wird mindestens vierteljährlich mit einem umfassenden Bericht über die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie weitere Controlling- und Risikodaten informiert. Der Vorstand erhält diese Informationen in regelmäßigen, deutlich detaillierteren Berichten.

Außerdem werden die Mitarbeitenden des (Konzern-)Rechnungswesens laufend in Hinblick auf Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können.

Überwachung

Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Management und dem Aufsichtsrat. Darüber hinaus sind die jeweiligen Abteilungsleitungen für die Überwachung der entsprechenden Bereiche zuständig, so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Außerdem ist Internal Audit/Group Audit in den Überwachungsprozess involviert. Auch das Interne Kontrollsystem übt eine Überwachungs- und Aufsichtsfunktion aus.

Der Prüfungsausschuss ist unter anderem zuständig für

- die Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems,
- die Prüfung des Jahresabschlusses und die Vorbereitung seiner Feststellung sowie die Prüfung des Vorschlags für die Gewinnverteilung und des Lageberichts,
- die Durchführung des Verfahrens zur Auswahl des Abschlussprüfers sowie Vorlage einer Empfehlung für die Bestellung des Abschlussprüfers an den Aufsichtsrat.

Der Prüfungsausschuss tagte im Geschäftsjahr 2023 zwei Mal.

Das Ergebnis der Überwachungstätigkeiten wird dem Management und dem Aufsichtsrat berichtet. Der Vorstand erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreports wie z. B. Monatsabschlüsse und Risikoberichte. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitenden des (Konzern-)Finanzwesens und vom Vorstand vor Weiterleitung an den Aufsichtsrat einer abschließenden Prüfung unterzogen.

Risikomanagement

Einleitung

Die OeEB ist ein Spezialinstitut für die Finanzierung von privatwirtschaftlichen Investitionsvorhaben in Entwicklungs- und Schwellenländern, die wirtschaftlich tragfähig und entwicklungspolitisch sinnvoll sind. Sie ist die Entwicklungsbank im Auftrag der Republik Österreich.

Strategische Grundhaltung zum Risikomanagement

Bei der Beurteilung von Projektrisiken werden Umwelt- und Sozialrisiken nach nationalen und internationalen Standards bzw. auch wirtschaftliche Risiken umfassend und unter Berücksichtigung der EBA Leitlinien für die Kreditvergabe und Überwachung geprüft.

Die OeEB ist vom BMF mandatiert, Projekte im Privatsektor in Entwicklungsländern mit langfristigen Investitionskrediten bzw. Eigenkapital zu unterstützen. Zur Absicherung der Projekt- und Länderrisiken erhält die OeEB im Rahmen des Ausfuhrförderungsgesetzes eine 100%ige Haftung der Republik Österreich für jede Kreditfinanzierungstransaktion. Den weitaus größten Teil der Bilanzsumme bildet das Mandatsgeschäft. Wie die Muttergesellschaft OeKB ist die OeEB für diesen Teil der Bilanzsumme von maßgeblichen gesetzlichen Regelungen wie zum Beispiel der CRR (Verordnung [EU] Nr. 575/2013) ausgenommen.

Durch eine konsequente Gewinnthesaurierung beträgt das Eigenkapital derzeit 63 Mio. Euro (Grundkapital: 5 Mio. Euro). Trotz der Stärkung der Eigenkapitalbasis in der Vergangenheit erfolgen Veranlagungen mit Eigenmitteln ohne Bundeshaftung nur im Rahmen der vom Aufsichtsrat genehmigten Veranlagungsrichtlinien oder – bei Überschreiten der relevanten Schwellenwerte für Aufsichtsratsgenehmigungen – auf Basis von Einzelgenehmigungen durch den Aufsichtsrat.

Die OeEB ist eine 100%ige Tochter der OeKB und definiert die eigene Risikopolitik und -strategie im Rahmen der Risikopolitik und -strategie der OeKB Gruppe. Die Bewertung der Bankrisiken findet auch auf Einzelinstitutsebene statt. Weiters wurden gemeinsam mit der OeKB Interne Kontrollsysteme gemäß BWG für die wesentlichen Geschäftsprozesse Investitionsfinanzierungen, Beteiligungen aus Bundesmitteln, Business Advisory Services, Problemkredite und Bestandsmanagement erarbeitet, die einer jährlichen Überprüfung unterliegen und eine Risikosteuerung auf OeKB Gruppenebene ermöglichen.

Als 100%ige Tochter der OeKB ist die OeEB Bestandteil des Gruppen-ICAAP. Auf Ebene der OeEB wird kein eigener ICAAP erstellt. Als zentrale Größe bei der Messung und Steuerung der Risiken wird das ermittelte ökonomische Kapital (Going Concern und Gone Concern) dem Risikodeckungspotenzial in mehreren Absicherungsstufen gegenübergestellt. Auf Einzelinstitutsebene verzichtet die OeEB auf eine Risikodeckungsrechnung gemäß Säule II, wobei trotz Geringfügigkeit für das Veranlagungsrisiko aus dem Eigenportfolio (Bankbuch) ein ökonomisches Kapital („Value at Risk“-Konzept) ermittelt wird.

Risikomanagement – Organisation

Gemäß BWG ist der Gesamtvorstand für das Management sowohl der bankgeschäftlichen als auch der bankbetrieblichen Risiken in der OeEB, für die Sicherstellung der Kapitaladäquanz der Risikopositionen sowie für die Einrichtung der dafür erforderlichen Organisation verantwortlich. Grundlage für das Risikomanagement bildet die strikte Trennung zwischen Markt und Marktfolge. Die Risikomanagementfunktionen sind bei dem für das Risikomanagement zuständigen Vorstandsmitglied angesiedelt. Entsprechend dem Grundsatz der Proportionalität verfügt die OeEB hinsichtlich des Geschäftsmodells, der Strategie, der Risikosituation und den betriebsinternen Erfordernissen über ein angemessenes Risikomanagement.

Auf Basis der vom Vorstand festgesetzten und mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Risikopolitik/-strategie implementiert und adaptiert die OeEB geeignete Maßnahmen und Verfahren zur Umsetzung risikopolitischer Grundsätze.

Im Operational Risk Management erfolgt die Überwachung des operationellen Risikoprofils, die Erarbeitung von Strategien und Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos sowie des Business Continuity Management in Zusammenarbeit mit dem Operational Risk Manager der OeKB.

Für Not- und verschiedene Krisenfallszenarien sind im Zuge des Operational Risk Managements Notfall- und Krisenfall-Organisationen definiert.

Die Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen an das Interne Kontrollsystem ist im Rahmen eines Vertrages an die OeKB ausgelagert. Der IKS-Verantwortliche arbeitet mit den IKS-Prozessverantwortlichen in der OeEB zusammen. Im Rahmen des Operational Risk Managements wird eng mit dem Operational Risk Manager der OeKB zusammengearbeitet.

Wie das gesamte Risikomanagement unterliegt auch das IKS der Prüfung durch die Interne Revision.

Auf Basis eines Vertrages mit der OeKB ist die Funktion des Compliance-Officers für Wertpapier-Compliance sowie des Beauftragten zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung an die OeKB ausgelagert. Es gibt jedoch für beide Funktionen jeweils einen Ansprechpartner in der OeEB. Zur Minderung des Rechtsrisikos der Geschäfte arbeitet die Rechtsabteilung der OeEB in der Regel mit lokalen Rechtsanwaltskanzleien zusammen.

Die in der Gesamtbankrisikosteuerung berücksichtigten Risikoarten

Zu den wichtigsten Financial Risks zählen das Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko und das Operationelle Risiko.

Kreditrisiko

Kreditrisiko ist die Gefahr eines Verlustes aufgrund einer unerwarteten Nichterfüllung von vertraglichen Zahlungsverpflichtungen durch Vertragspartner. Aufgrund der Geschäftsstruktur der OeEB unterscheidet die Bank folgende Arten des Kreditrisikos:

- **Kontrahenten- bzw. Ausfallsrisiko:** Das Risiko, dass ein Kreditnehmer seine Zahlungsverpflichtungen nicht bedienen kann oder die Gefahr von Verlusten durch Ausfall des Vertragspartners (z. B. Kreditnehmer). Sämtliche ausgereichte Kredite sind mit einer Haftung für wirtschaftliches und politisches Risiko durch die Republik Österreich versehen.
- **Beteiligungsrisiko:** Potenzieller Verlust aus eigenen Beteiligungen.

- **Konzentrationsrisiko:** Hohe Kreditvolumina an einzelne Kreditnehmer oder Kreditnehmergruppen. Länderlimite und Kundenlimite wurden eingeführt und werden laufend überprüft.
- **FX Risiko aus der Garantieabwicklung:** FX Risiko aus der zeitverzögerten Entschädigung des BMF bei Haftungsfällen (Credit Event) aus US-Dollar Engagements.

Zum Jahresende wurde ein OeEB Kreditrisiko in Höhe von 7,5 Mio. Euro (2022: 9 Mio. Euro) ermittelt.

Das Kreditrisikobudget für den Gruppen ICAAP in Höhe von 14 Mio. Euro (2022: 13 Mio. Euro) wurde 2023 nicht überschritten.

Marktrisiko

Marktrisiko ist die Gefahr von Verlusten in Folge der Veränderungen von Marktparametern. Diese umfassen Zinsänderungs-, Devisen- und sonstige Preisrisiken. Kreditfinanzierungen der OeEB sind grundsätzlich referenzzinssatzkonform refinanziert. Darüber hinaus hat die OeEB kein nennenswertes Exposure.

Für das OeEB Marktrisiko wurde ein Betrag in Höhe von 5,1 Mio. Euro (2022: 6 Mio. Euro) ermittelt.

Das Marktrisikobudget in Höhe von 13 Mio. Euro (2022: 12 Mio. Euro) wurde 2023 nicht überschritten.

Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätsrisiken lassen sich in Termin- und Abrufisiken sowie strukturelles Liquiditätsrisiko (Refinanzierungsrisiko) unterteilen.

Die Liquiditätssteuerung und -bereitstellung erfolgt derzeit projektbezogen in Abstimmung zwischen der OeEB und der OeKB. Sowohl Terminrisiken (Gefahr, dass sich die Kapitalbindungsdauer bei Aktiv- und Passivgeschäften ändert) als auch Abrufisiken (Kreditzusagen werden unerwartet in Anspruch genommen bzw. Einlagen werden unerwartet reduziert) sind aufgrund der Geschäftsstruktur und vertraglicher Vorkehrungen gering. Eine Überwachung bzw. Steuerung der Liquidität erfolgen anhand wöchentlicher Cashflow-Projektionen.

Im Hinblick darauf, dass sich die OeEB überwiegend über die OeKB refinanziert, erleichtert das Standing der OeKB im Markt die jederzeitige Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken sind definiert als die Gefahr von Verlusten als Folge unzulänglicher oder fehlgeschlagener interner Prozesse, Menschen und Systeme oder von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos.

Die zentrale Eingliederung des Operational Risk Managements (inklusive der Information Security) in die Gesamtrisikosteuerung der OeKB Gruppe, die Unternehmenskultur, Business Continuity Pläne, Versicherungen und ähnlich zentral gestaltbare Maßnahmen bilden nur den Rahmen für die alltägliche Verantwortung des Einzelnen. Die OeEB arbeitet in diesen Bereichen sehr eng mit der OeKB (in deren Räumlichkeiten die OeEB auch eingemietet ist) zusammen.

Für Not- und verschiedene Krisenfallszenarien sind im Zuge des Operational Risk Managements Notfall- und Krisenfall-Organisationen definiert und ein Notfallhandbuch wurde erstellt.

Sonstige Risiken

Diese umfassen u.a. folgende Non-Financial Risks:

- **Strategische Risiken:** Unter strategischem Risiko werden negative Auswirkungen auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen und/oder Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld verstanden.
- **Reputationsrisiken:** Unter Reputationsrisiken werden negative Auswirkungen auf die Marke und die Reputation und damit verbundene potenzielle negative Wirkungen auf Erträge, Kapital und Liquidität verstanden.
- **Geschäftsrisiken:** Unter Geschäftsrisiken werden Ergebnisverschlechterungen verstanden, die durch unerwartete Geschäftsvolumens- oder Margenänderungen entstehen.
- **Nachhaltigkeitsrisiken:** Unter Nachhaltigkeitsrisiken werden Ereignisse oder Bedingungen aus den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung (ESG-Risiken), deren Eintreten erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage sowie auf die Reputation haben können, verstanden. Dazu zählen insbesondere auch klimabezogene Risiken in Form von physischen und transitorischen Risiken.

Strategische Risiken und Reputationsrisiken entstehen für die OeEB vor allem aus der besonderen Stellung. Aufgrund des Mandates hat die OeEB die Republik Österreich als einzige Auftraggeberin. Eine quantitative Abschätzung des damit verbundenen Risikos ist schwer möglich und nicht geplant. Mögliche Änderungen in den Rahmenbedingungen, die fundamentale Bedeutung für die Geschäftstätigkeit haben, werden laufend verfolgt und in die Unternehmensstrategie einbezogen. Die Geschäfts- und Risikopolitik ist seit jeher auf die Berücksichtigung von ESG Risiken ausgerichtet, die auf die unterschiedlichen Risikoarten wirken. Dies betrifft nicht nur die Beurteilung der Risiken, sondern auch die Einbeziehung in die Entscheidungsfindung und das Setzen von Mitigierungsmaßnahmen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Nachhaltigkeit, Umwelt und Soziales

Nachhaltigkeit ist für die OeEB auch auf institutioneller Ebene wichtig. Die nachhaltigen Leistungen der OeEB finden Eingang in den jährlich erstellten Nachhaltigkeitsbericht der OeKB Gruppe. Diesem sind u.a. betriebsökologische Kennzahlen für den Standort Strauchgasse zu entnehmen, die sorgsam eingehalten und kontrolliert werden (EMAS, GRI).

Aufgrund der internationalen Ausrichtung der Tätigkeit der OeEB erfolgt die Reisetätigkeit fast ausschließlich mit dem Flugzeug. Die OeEB hat sich daher entschlossen, die CO₂-Emissionen aus dem Flugverkehr über Klimaschutzprojekte zu kompensieren.

Entsprechend des Mandates der OeEB, zu nachhaltiger Entwicklung beizutragen, werden die Projekte in den Geschäftsfeldern Investitionsfinanzierungen und Beteiligungen einer Umwelt- und Sozialprüfung durch die Abteilung Business Advisory Services teilweise mit Unterstützung von externen Konsulenten unterzogen. Die von der OeEB finanzierten Unternehmen bzw. Finanzinstitutionen werden vertraglich verpflichtet, neben nationalen Vorschriften auch internationale Umwelt- und Sozialstandards – u.a. die Performance Standards der International Finance Corporation (IFC) und Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) – einzuhalten. Bei Bedarf unterstützt die OeEB auch in der Umsetzung von notwendigen Maßnahmen, um diese Standards zu erreichen, z. B. durch Einsatz von technischen Assistenz-Mittel.

Außerdem unterstützt die OeEB im Rahmen ihrer strategischen Vorgaben die Finanzierung von klimafreundlichen Projekten mit dem Themenschwerpunkt Erneuerbare Energien.

Personal

Zum 31.12.2023 beschäftigte die OeEB 69 (2022: 73) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 9 (2022: 3) weitere sind karenziert.

Die OeEB ist sich aufgrund ihrer Rolle als Entwicklungsbank im Auftrag der Republik Österreich bewusst, dass engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit entsprechender Expertise sowie Servicequalität und Professionalität in Verbindung mit Kosten- und Risikobewusstsein die entscheidenden Faktoren für einen nachhaltigen Geschäftserfolg sind.

Die Mitarbeitenden der OeEB sind einerseits für den Aufbau des Neugeschäftes durch Projektakquise, Strukturierung, Risikobeurteilung, Geldwäsche und Compliance-Aufgaben, Verhandlung und Abschluss von Verträgen und Abwicklung sämtlicher Transaktionen, als auch für die ordentliche Gestionierung des im Bestand befindlichen Portfolios zuständig. Neben der banktechnischen Betreuung der Transaktionen müssen die jeweils zuständigen Mitarbeitenden auch die entwicklungspolitische Relevanz der Projekte, ihre Auswirkungen auf Umwelt und Soziales, Geldwäsche und Compliance-Themen, etc. für die gesamte Projektlaufzeit prüfen.

Die OeEB hat mit der OeKB einen Dienstleistungsvertrag geschlossen auf dessen Basis Dienstleistungen zugekauft werden, wodurch entsprechende Synergien erzielt werden können.

Die Auslagerung von Dienstleistungen ist von der Finanzmarktaufsicht genehmigt und umfasst u. a. Finance, Human Resources, IT-Services, Interne Revision und Treasury. Ebenso ist die Funktion des Compliance-Verantwortlichen für jene Geschäftsbereiche, die vom Standard Compliance Code (SCC) und seinen Mindeststandards erfasst sind (Wertpapier-Compliance), sowie die Funktion des Beauftragten zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ausgelagert.

Viele Mitarbeitende der OeEB bringen aus ihren diversen früheren beruflichen Tätigkeiten im In- und Ausland vielfältige Erfahrungen mit. Persönliche und fachliche Qualifikationen werden als ausschließliches Bewertungskriterium herangezogen, die Bezahlung für alle Mitarbeitenden erfolgt unabhängig vom Geschlecht. Die OeEB wendet für alle Angestellten den Kollektivvertrag für Banken und Bankiers an und bietet allen Beschäftigten Gleitzeit ohne Kernzeit sowie diverse flexible Arbeitszeitmodelle an. Für Absolventinnen und Absolventen berufsbildender und höherer Schulen gibt es ein Einstiegsgehaltsschema, das über den kollektivvertraglich vereinbarten Gehältern liegt.

Die im Jahr 2020 eingeführte flexible Regelung für Telearbeit, die pro Woche nur mehr zwei verpflichtende Präsenztage im Büro vorsieht, wurde 2023 bis auf weiteres fortgeführt.

Die Vergütungspolitik des Unternehmens orientiert sich an Leistungskomponenten einerseits und Marktbenchmarks andererseits. Dabei wird sichergestellt, dass fixe und variable Bezüge in angemessenem Verhältnis zueinanderstehen. Der variable Anteil definiert sich dabei als Ergebnis der individuellen, im Mitarbeitergespräch besprochenen, Leistung und andererseits an diversen Unternehmenskennzahlen. Durch entsprechende Maßnahmen ist sichergestellt, dass nur dann eine variable Vergütung ausbezahlt wird, wenn dies das Unternehmensergebnis zulässt. Diese Systematik wird für alle Ebenen des Unternehmens angewandt, inklusive Geschäftsleitung.

Die OeEB achtet auf eine regelmäßige und praxisorientierte Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden. So wurde neben internen Seminaren, die u.a. im Rahmen der OeKB-Akademie angeboten werden, auch gezielt die Teilnahme an externen Seminaren im In- und Ausland angeboten, vereinzelt werden auch mehrmonatige Ausbildungsaufenthalte für Mitarbeitende bei anderen Entwicklungsbanken angeboten.

In der Verantwortung als Arbeitgeber sorgt die OeEB mit geeigneten Instrumenten der Personalentwicklung für die bestmöglichen Rahmenbedingungen. Das Mitarbeitergespräch beinhaltet das Erreichen von gesetzten Zielen aus der vorangehenden Arbeitsperiode sowie qualitative und teamorientierte Fragestellungen. Neue Zielsetzungen und die dafür notwendigen Voraussetzungen werden jährlich neu definiert.

Auf Basis des im Jahr 2019 gemeinsam an die OeKB und OeEB verliehenen Zertifikates „Audit Beruf & Familie“ bietet die OeEB ihren Mitarbeitenden eine Reihe von Fringe Benefits an, z. B. die Nutzung eines Ärztezentrums bzw. einer Betriebsärztin im Haus, Gesundheitsbudget, Teilnahme an Impfaktionen und Reihenuntersuchungen, Teilnahme an vielfältigen Sportkursen, Nutzung des OeKB-Sportzentrums mit einem geringen Selbstbehalt, Kollektiv-Unfallversicherung, überbetriebliche Pensionskasse, Sonderkonditionen bei Krankenzusatzversicherungen oder Employee Assistance Programme.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

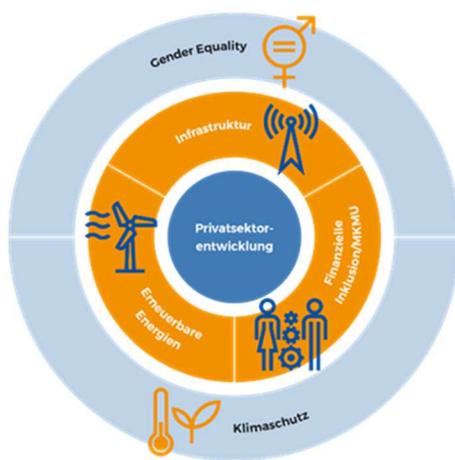
Entsprechend der OeEB Strategie „Financing Our Shared Future“ (Strategiezyklus 2019 – 2023) positioniert sich die OeEB als thematisch fokussiertes Spezialinstitut mit breiter regionaler Ausrichtung. Die OeEB kann grundsätzlich in allen Entwicklungsländern der OECD Development Assistance Committee (DAC) Liste tätig werden, verfolgt aber gezielt den verstärkten Ausbau des Engagements in Afrika und in den ärmsten Entwicklungsländern (Least Developed Countries).

80 % des Neugeschäfts sollen in der laufenden Strategieperiode in den drei thematischen Schwerpunkten „Erneuerbare Energie“, „Mikro,- Klein- und Mittelbetriebe (MKMU)/Finanzielle Inklusion“ und „Infrastruktur“ abgeschlossen werden. Die beiden Themen „Klimaschutz“ und „Gender“ sind als Querschnittsmaterien verankert.

Auch in der Strategieperiode 2024-2028 positioniert sich die OeEB als thematisch fokussierte Entwicklungsbank mit breitem geografischem Ansatz. Dabei stehen vier strategische Schwerpunkte im Zentrum: „Green Finance“, „Mikro,- Klein- und Mittelbetriebe (MKMU)/Finanzielle Inklusion“, „Infrastruktur und Industrie“ sowie „Gender Equality“. Neben umfassenden Aktivitäten zur Bekämpfung des Klimawandels soll das Engagement der OeEB in Afrika und den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) weiter ausgebaut werden. Ebenso setzt die OeEB auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen und auf EU-

Ebene, etwa zur Mobilisierung von privatem Kapital oder zur Koordination von Wiederaufbauprojekten im Privatsektor der Ukraine.

Zur Bewertung der entwicklungspolitischen Effekte wird seit 2019 das DERA (Development Effectiveness Rating Tool) eingesetzt, das von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) entwickelt wurde. Das DERA wird auf das gesamte OeEB-Portfolio angewendet. Ausgerichtet an den Sustainable Development Goals (SDGs), werden die Entwicklungsbeiträge jedes OeEB-Kunden über fünf Wirkungskategorien bewertet: Gute und faire Beschäftigung, lokales Einkommen, Entwicklung von Märkten und Sektoren, umweltverträgliches Wirtschaften, Nutzen für lokale Gemeinden. Die Ergebnisse der Portfolio-Auswertungen werden in einem jährlich erscheinenden entwicklungspolitischen Bericht (Impact Report) vorgestellt.



Strategisches Querschnittsthema Klimaschutz

Die OeEB ist seit Jahren einer der größten internationalen Klimafinanzierer Österreichs. Die OeEB sieht es als komparative Stärke, mit ihren Instrumenten besonders effizient und effektiv zu den im Rahmen der Pariser Klimakonferenz vereinbarten Klimafinanzierungszielen beizutragen. Der Schwerpunkt des Engagements der OeEB liegt dabei im Bereich der Emissionsminderung, beispielsweise über Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien. Die OeEB setzt sich daher das Ziel, in den Jahren 2019 bis 2023 im Durchschnitt zumindest 40 Prozent ihres Neugeschäfts in klimaanrechenbare Projekte zu investieren.

Verpflichtung im Rahmen des Pariser Klimaabkommens

In einem gemeinsamen Statement haben sich 15 europäische Entwicklungsbanken (EDFI) – darunter die OeEB – dazu verpflichtet, alle Finanzierungsentscheidungen an den Zielen des Pariser Klimaabkommens auszurichten. So werden die EDFI-Mitglieder die Finanzierung neuer Kohle- oder Ölprojekte ausschließen und andere fossile Brennstoffe, wie z. B. selektive Investitionen in die gasbetriebene Stromerzeugung, auf Finanzierungen beschränken, die den Zielen des Pariser Abkommens entsprechen, bis sie spätestens 2030 allgemein ausgeschlossen werden. Dies umfasst neben Direktinvestitionen auch indirekte Investitionen über Investmentfonds und zweckgebundene Kredite über Finanzinstitute. Bis spätestens 2050 sollen die Portfolios aller EDFI-Mitglieder Netto-Null-Emissionen erreichen. Damit wollen die EDFI-Mitglieder für Investoren in Entwicklungsländern beispielgebend sein und gemeinsam einen Beitrag zur Erreichung der SDGs und des Pariser Klimaabkommens leisten. Aktuell stellen die EDFIs gemeinsam rund 14,5 Mrd. Euro für die Klimafinanzierung in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen bereit.

Joint Impact Model - JIM

Mithilfe des Joint Impact Model soll der Beitrag von Finanzinstitutionen zum Pariser Abkommen und zu den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung gemessen und berichtet werden. Das Joint Impact Model ist ein öffentlich verfügbares Impact Measurement Tool für Finanzinstitutionen. Unter Verwendung von Eingabedaten wie Einnahmen und Stromerzeugung aus Investitionsportfolios ermöglicht das Joint Impact Model den Nutzern, die Finanzströme und die daraus resultierenden sozialen Auswirkungen (Beschäftigung) und ökologischen Auswirkungen (Treibhausgasemissionen) abzuschätzen.

EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen

Die Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom Juni 2020 ist eine EU-Vorgabe zur Definition nachhaltiger Investitionen und der damit einhergehenden Offenlegungsverpflichtungen. Die Offenlegung der OeEB Aktivitäten in diesem Zusammenhang wird auf Ebene der OeKB Gruppe erfolgen, mit der die OeEB eng zusammenarbeitet.

Klimabezogene finanzielle Offenlegung

Seit 2020 ist die OeEB auch offizielle Unterstützerin der TCFD-Empfehlungen (Task Force on Climate-Related Financial Disclosures) und legt auf dieser Basis klimabezogene Finanzrisiken freiwillig offen. Die Task Force on Climate-Related Financial Disclosures (TCFD) wurde 2016 vom Financial Stability Board der G20 gegründet, um die Offenlegung von klimabezogenen Finanzrisiken besser zu verstehen und zu fördern.

Strategisches Querschnittsthema Gender-Gerechtigkeit

Neben der Bekämpfung des Klimawandels hat die OeEB die wirtschaftliche Stärkung von Frauen in Entwicklungsländern als weiteres Querschnittsthema in ihrer Strategie verankert. Ziel ist es, dass sowohl OeEB-Mitarbeitende als auch der Kundenkreis der OeEB für das Thema „Gender“ sensibilisiert werden und entsprechende Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter setzen.

Für das Querschnittsthema „Gender“ wurden vorerst keine quantitativen Ziele festgelegt. In einem ersten Schritt wird Gender-Mainstreaming im Rahmen des thematischen Schwerpunkts „MKMU/Finanzielle Inklusion“ umgesetzt und in die Sozial- und Umweltprüfung integriert.

Im Jahr 2023 wurde der bereits 2019 entwickelte Gender Action Plan, der die Umsetzung der Strategie operationalisiert, wie folgt umgesetzt:

- Genderanalyse über den gesamten Projektzyklus
- Mitgliedschaft bei 2X Global, der Initiative zum Wissenstransfer der 2X Challenge
- Regelmäßiges Update der Genderplattform im Intranet im Sinne des Wissensmanagements, auf der den Mitarbeitenden neben internen Richtlinien und einer Übersicht über relevante internationale Studien auch Online-Trainings und Case Studies zur Verfügung stehen

Ausblick auf 2024

Das Umfeld für die Finanzierung von Projekten bleibt herausfordernd. Die OeEB sieht sich jedoch gut gegen die aktuellen Herausforderungen gerüstet. So konnte das Neugeschäftsvolumen 2023 erneut signifikant gesteigert und mit annähernd 400 Mio. Euro ein neues Rekordergebnis erzielt werden. Für 2024 wird ein ähnlich ambitioniertes Geschäftsvolumen angestrebt.

Nach der COVID-19-Pandemie sorgen geopolitische Spannungen, schwaches Wachstum und erhöhte Inflation für anhaltende Unsicherheiten. Gerade in den Entwicklungsländern hat sich in den letzten Jahren der finanzielle Spielraum zum Teil erheblich eingeschränkt. Kommerzbanken sind schon seit längerem in ihrer Kreditvergabe einerseits aufgrund der regulatorischen Vorgaben und Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle, andererseits aufgrund gestiegener Risiken selektiv und restriktiv. Für das Wachstum in diesen Ländern und die Stärkung ihrer Krisen-Resilienz ist es jedoch besonders wichtig, dass Projekte realisiert werden. In dieser Situation ist es die Aufgabe von Entwicklungsbanken, ein stabiler und verlässlicher Partner zu sein und dort einzuspringen, wo Bedarf ist.

2023 hat sich das Wachstum der Weltwirtschaft deutlich verlangsamt, diese Entwicklung wird sich auch 2024 in abgeschwächter Form fortsetzen. Ausschlaggebend dafür sind vielfältige Faktoren, die sich wechselseitig beeinflussen und zusammenhängen. Dies sind zum einen der andauernde Krieg in der Ukraine mit seinen Auswirkungen auf die Energiepreise und die Teuerung im Allgemeinen, aber auch die nötigen geldpolitischen Maßnahmen, die zu einem spürbaren Anstieg des Zinsniveaus geführt haben, wovon vor allem Entwicklungsländer, die unter einer hohen Schuldenlast leiden, besonders betroffen sind. Darüber hinaus verschärft der Konflikt in Gaza das ohnehin angespannte geopolitische und geoökonomische Umfeld weiter. Gleichzeitig erhöhen die Folgen des Klimawandels den Druck, die Wirtschaftsstrukturen rascher an die sich ändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Vor diesem Hintergrund ist die Unterstützung durch Entwicklungsbanken wie der OeEB mehr denn je erforderlich.

Wien, 1. März 2024

Oesterreichische Entwicklungsbank AG

Der Vorstand



Mag. Sabine Gaber



Mag. Michael Wancata

Jahresabschluss 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva		31.12.2023 Euro	31.12.2022 Tsd. Euro
01	Forderungen an Kreditinstitute	386.348.818,57	464.737
	a) täglich fällig	32.770.530,93	37.837
	b) sonstige Forderungen	353.578.287,64	426.900
02	Forderungen an Kunden	647.085.059,80	557.108
03	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.555.000,54	15.177
	a) von anderen Emittenten	15.555.000,54	15.177
04	Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	349.503.268,54	309.754
05	Beteiligungen	71.608,32	65
06	Anteile an verbundenen Unternehmen	35.000,00	35
07	Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0,00	1
08	Sachanlagen	17.636,83	21
09	Sonstige Vermögensgegenstände	1.536.759,63	1.259
10	Rechnungsabgrenzungsposten	342.957,78	311
11	Aktive latente Steuern	269.005,82	188
	Summe der Aktiva	1.400.765.115,83	1.348.656
	Posten unter der Bilanz		
1.	Auslandsaktiva	1.362.445.554,42	1.305.803
2.	Treuhandvermögen	169.774.509,15	158.749

Passiva		31.12.2023	31.12.2022
		Euro	Tsd. Euro
01	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.316.653.258,50	1.270.223
	a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.316.653.258,50	1.270.223
02	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.228.430,69	6.537
	a) sonstige Verbindlichkeiten	6.228.430,69	6.537
	<i>darunter: aa) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</i>	<i>6.228.430,69</i>	<i>6.537</i>
03	Sonstige Verbindlichkeiten	9.849.072,89	7.511
04	Rechnungsabgrenzungsposten	3.657.614,87	3.779
05	Rückstellungen	1.448.029,62	1.692
	a) Rückstellungen für Abfertigungen	425.284,00	329
	b) sonstige	1.022.745,62	1.363
06	Gezeichnetes Kapital	5.000.000,00	5.000
07	Gewinnrücklagen	54.595.500,00	53.658
	a) gesetzliche Rücklage	500.000,00	500
	b) andere Rücklagen	54.095.500,00	53.158
08	Haftrücklage gemäß § 57 Abs 5 BWG	22.555,72	23
09	Bilanzgewinn	3.310.653,54	233
	Summe der Passiva	1.400.765.115,83	1.348.656
	Posten unter der Bilanz		
1.	Eventualverbindlichkeiten (Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten)	38.459.959,63	43.223
2.	Kreditrisiken	214.031.496,87	135.247
3.	Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften	169.774.509,15	158.749
4.	Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der VO (EU) Nr. 575/2013	57.345.331,81	53.675
5.	Eigenmittelanforderungen gem. Art. 92 der VO (EU) Nr. 575/2013	40.659.338,14	40.220
	Eigenmittelanforderungen gem. Art. 92 Abs 1 lit a der VO (EU) Nr. 575/2013 - Harte Kernkapitalquote in %	141,04 %	133,45 %
	Eigenmittelanforderungen gem. Art. 92 Abs 1 lit b der VO (EU) Nr. 575/2013 - Kernkapitalquote in %	141,04 %	133,45 %
	Eigenmittelanforderungen gem. Art. 92 Abs 1 lit c der VO (EU) Nr. 575/2013 - Gesamtkapitalquote in %	141,04 %	133,45 %
6.	Auslandspassiva	2.144.350,07	28.911

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

		2023	2022
		Euro	Tsd. Euro
1.	Zinsen und ähnliche Erträge	75.809.460,08	39.523
	<i>darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren</i>	<i>5.412.814,04</i>	<i>930</i>
2.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-60.449.372,99	-18.694
I.	Nettozinsertag	15.360.087,09	20.829
3.	Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	20.474.890,59	10.679
	a) Erträge aus anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	20.474.890,59	10.679
4.	Provisionserträge	5.310.999,60	6.026
5.	Provisionsaufwendungen	-20.090.627,27	-17.704
6.	Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	-318.347,51	288
7.	Sonstige betriebliche Erträge	515.587,81	531
II.	Betriebserträge	21.252.590,31	20.649
8.	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-15.065.106,91	-13.916
	a) Personalaufwand	-8.981.899,88	-8.305
	<i>darunter:</i>		
	<i>aa) Gehälter</i>	<i>-6.865.123,27</i>	<i>-6.391</i>
	<i>bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge</i>	<i>-1.582.671,60</i>	<i>-1.500</i>
	<i>cc) sonstiger Sozialaufwand</i>	<i>-157.388,91</i>	<i>-213</i>
	<i>dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung</i>	<i>-173.762,41</i>	<i>-155</i>
	<i>ee) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen</i>	<i>-202.953,69</i>	<i>-46</i>
	b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-6.083.207,03	-5.610
9.	Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 7 und 8 enthaltenen Vermögensgegenstände	-9.460,87	-10
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-317.964,27	-32
III.	Betriebsaufwendungen	-15.392.532,05	-13.957
IV.	Betriebsergebnis	5.860.058,26	6.692

	2023	2022
	Euro	Tsd. Euro
IV. Betriebsergebnis - Übertrag	5.860.058,26	6.692
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Abschreibungen von Wertpapieren des Umlaufvermögens	-443.315,03	-2.088
12. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Zuschreibungen auf und der Veräußerung von Wertpapieren des Umlaufvermögens	0,00	303
13. Wertberichtigungen auf und Veräußerungsverluste aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen	-28.257,21	-56
14. Erträge aus Wertberichtigungen auf und Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen	27.410,89	6
V. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.415.896,91	4.856
15. Steuern vom Einkommen	-1.215.515,28	-1.208
VI. Jahresüberschuss	4.200.381,63	3.648
16. Rücklagenbewegung	-937.400,00	-3.462
<i>darunter: Dotierung der Haftrücklage</i>	<i>0,00</i>	<i>-</i>
VII. Jahresgewinn	3.262.981,63	186
17. Gewinnvortrag	47.671,91	47
VIII. Bilanzgewinn	3.310.653,54	233

Anhang

Rechtliche Grundlagen

Der Bundesminister für Finanzen (BMF) wurde durch § 9 Abs 1 Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) ermächtigt, der Oesterreichische Entwicklungsbank AG (OeEB) als Tochtergesellschaft der Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft (OeKB) das öffentliche Mandat des Aufbaus und der Erbringung der Leistungen einer österreichischen Entwicklungsbank zu erteilen.

Aufgaben der OeEB sind insbesondere die längerfristige Finanzierung nachhaltiger Investitionen in Entwicklungsländern und die Abwicklung von Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung der Vorbereitung und Durchführung von privatwirtschaftlichen Projekten in Entwicklungsländern.

Die OeEB ist den Zielen und Prinzipien der österreichischen Entwicklungspolitik gemäß Entwicklungszusammenarbeitengesetz, BGBl 1 Nr. 49/2002 idGF (EZA-G), verpflichtet und hat dabei die außenwirtschaftlichen Interessen Österreichs zu berücksichtigen.

Die OeEB ist insbesondere in Entwicklungsländern tätig. Als Orientierungshilfe dient die jeweils aktuelle Liste der Official Development Aid (ODA)-Empfänger gemäß OECD-Development Assistance Committee (DAC). Die OeEB unterstützt vorrangig Projekte im Privatsektor in Entwicklungsländern. Diese müssen entwicklungspolitischen Kriterien entsprechen, internationale Umwelt- und Sozialstandards erfüllen und im Einklang mit österreichischem und internationalem Recht stehen.

Zur Umsetzung der Projekte bedient sich die OeEB der Investitionsfinanzierungen und projektunterstützender Maßnahmen (Business Advisory Services, „BAS“) sowie Beteiligungen an Fonds und Gesellschaften in Form von Eigenkapitalbeteiligungen und beteiligungsähnlichen Rechtsgeschäften aus Bundesmitteln („Beteiligungen aus Bundesmitteln“).

Die Investitionsfinanzierungen werden im Wesentlichen in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute – sonstige Forderungen, Forderungen an Kunden und Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen. Die darin dargestellten Investitionsfinanzierungen betragen 1.336.819.154,92 Euro zum 31.12.2023 (2022: 1.284.101 Tsd. Euro). Zusätzlich bestehen Risikounterbeteiligungen im Geschäftsbereich Investitionsfinanzierungen, die als Eventualverbindlichkeiten erfasst werden, sowie Kreditrisiken in Form von Kreditrahmen und Wertpapierabnahmeverpflichtungen.

Für jede Transaktion im Bereich Investitionsfinanzierungen unter dem AusfFG übernimmt die Republik Österreich eine Haftung für politische und wirtschaftliche Risiken (§ 9 AusfFG).

Der Bilanzposten Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet zusätzlich Projekte im Rahmen des Geschäftsfeldes Beteiligungen, die von der OeEB eigenfinanziert werden. Betreffend der damit in Zusammenhang stehenden Garantie verweisen wir auf das Kapitel Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Die „Beteiligungen aus Bundesmitteln“ werden in den Posten Treuhandvermögen und Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften unter der Bilanz erfasst (vgl. Kapitel Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden). Bei diesen Beteiligungen stellt die Republik Österreich die zu investierenden Mittel als Treugeberin für die gesamte Dauer der Beteiligung zur Verfügung; das Ausfallrisiko trägt daher die Republik Österreich direkt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der Oesterreichische Entwicklungsbank AG zum 31.12.2023 wurde vom Vorstand der Gesellschaft nach den Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) unter Berücksichtigung der Sondervorschriften des Bankwesengesetzes (BWG), in der jeweils gültigen Fassung, aufgestellt. Der Jahresabschluss wird gemäß den österreichischen Veröffentlichungsregelungen beim Firmenbuchgericht hinterlegt und auf der Elektronischen Verlautbarungs- und Informationsplattform (www.evi.gv.at) des Bundes veröffentlicht. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend der Anlage 2 zu § 43 BWG.

Bei der OeEB handelt es sich um ein Unternehmen von öffentlichem Interesse gemäß § 43 Abs 1a BWG iVm § 189a UGB.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der **Vollständigkeit** eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der **Einzelbewertung** beachtet und eine **Fortführung des Unternehmens** unterstellt.

Dem Vorsichtsgrundsatz wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste, die bis zum Bilanzstichtag entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Laut Größenklassen gemäß § 221 Abs 3 UGB iVm § 189a UGB ist die OeEB als große Kapitalgesellschaft einzustufen.

Die bisher angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden wurden beibehalten.

Schätzungen beruhen auf einer umsichtigen Beurteilung. Soweit statistisch ermittelbare Erfahrungen aus gleich gelagerten Sachverhalten vorhanden sind, hat das Unternehmen diese bei Schätzungen berücksichtigt.

Das abgeschlossene Geschäftsjahr entsprach dem Kalenderjahr.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten (ermittelt nach der Methode des Durchschnittspreisverfahrens) unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips (§ 204 UGB) bewertet. Zuschreibungen (bis maximal Anschaffungskosten) werden vorgenommen, wenn die Gründe für eine Abschreibung weggefallen sind. Für Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bewertet werden, wird vom Wahlrecht (§ 56 BWG) der zeitanteiligen Abschreibung von über dem Rückzahlungsbetrag liegenden Anschaffungskosten Gebrauch gemacht. Die zeitanteilige Zuschreibungsmöglichkeit auf den höheren Rückzahlungsbetrag wird ebenfalls in Anspruch genommen.

Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips (§ 204 UGB) zu Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert zum Bilanzstichtag unter Beachtung allfälliger Sicherheiten bewertet (Anlagevermögen). Zuschreibungen (bis maximal Anschaffungskosten) werden vorgenommen, wenn die Gründe für die Abschreibung weggefallen sind.

Die Haftungen für politische und wirtschaftliche Risiken (§ 9 AusfFG) decken bei den im Rahmen der Investitionsfinanzierung erworbenen Fondsanteilen neben dem Zeichnungsvolumen zusätzlich die Zielrendite bis zur Höhe der nachweislich entstandenen Refinanzierungskosten plus Garantieentgelt. Aufgrund der umfassenden Bundeshaftung werden die erwarteten Erträge und Zinszahlungen des Jahres für diese Geschäfte phasengleich bis zum garantierten Maximalbetrag vereinnahmt und sind im Bilanzposten Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen.

Bei den im Rahmen des Geschäftsfeldes Beteiligungen (BE) getätigten Investitionen in Private Equity Fonds mit eigenen Mitteln deckt die Haftung für politische und wirtschaftliche Risiken (§ 9 AusfFG) das von der OeEB zum Erwerb der Fondsbeteiligungen eingesetzte Kapital bis zum Höchstbetrag (Kapitalerhaltungsgarantie) ab. Auch diese Geschäfte sind im Bilanzposten Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen.

Das Institut hält keine Handelsbestände und führt daher kein Handelsbuch.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** werden zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen zur Berücksichtigung von nachhaltigen und wesentlichen Wertminderungen, bewertet. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn die Gründe für die Abschreibung weggefallen sind.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden nur dann in der Bilanz angesetzt, wenn sie entgeltlich erworben wurden. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibungen. Gemäß den steuerrechtlichen Vorschriften wird für Zugänge im ersten Halbjahr eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge im zweiten Halbjahr eine halbe Jahresabschreibung vorgenommen. Selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände werden sofort als Aufwand erfasst.

Die Ermittlung der **planmäßigen Abschreibungen** erfolgt nach der linearen Abschreibungsmethode unter Zugrundelegung einer Nutzungsdauer von 5 Jahren.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen weggefallen sind.

Sachanlagen

Der Wertansatz von Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Geringwertige Vermögensgegenstände (Einzelanschaffungswert unter je 1.000 Euro; 2022: 800 Euro) werden sofort als Aufwand erfasst. Gemäß den steuerrechtlichen Vorschriften wird für Zugänge im ersten Halbjahr eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge im zweiten Halbjahr eine halbe Jahresabschreibung vorgenommen.

Die Ermittlung der **planmäßigen Abschreibungen** erfolgt nach der linearen Abschreibungsmethode entsprechend der gewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagegegenstände. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt 5 bis 10 Jahre.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen weggefallen sind.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert angesetzt. Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Die Haftungen für politische und wirtschaftliche Risiken (§ 9 AusfFG) decken bei den im Rahmen der Investitionsfinanzierung abgeschlossenen Krediten die Erfüllung der Verpflichtungen des ausländischen Vertragspartners bis zu dem in der Garantieerklärung festgelegten Höchstbetrag zuzüglich vertraglich bis zur Fälligkeit vereinbarter Zinsen exklusive Verzugszinsen und Provisionen ab. Die erwarteten Zinserträge werden phasengleich vereinnahmt und sind im jeweiligen Bilanzposten ausgewiesen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden gemäß § 198 Abs 9 und 10 UGB nach dem bilanzorientierten Konzept und ohne Abzinsung auf Basis des ab 2024 gültigen Körperschaftsteuersatzes von 23 % gebildet.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag (Nennwert oder höherer Rückzahlungsbetrag) angesetzt. Die abgegrenzten Zinsen werden beim jeweiligen Bilanzposten ausgewiesen.

Rückstellungen

Rückstellungen für Abfertigungen sind nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Anwartschaftsbarwertmethode („projected unit credit method“) nach IAS 19 unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 3,24 % (2022: 3,75 %), einer erwarteten Gehaltssteigerung von 3,70 % (2022: 3,70 %), eines erwarteten Pensionsantrittsalters von 65 Jahren für Frauen (schrittweise bis 2033) und Männer (2022: 65 Jahre) und auf Basis der Berechnungstabellen AVÖ 2018 P - von Pagler & Pagler ermittelt. Die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste sowie Zinssatzänderungen werden erfolgswirksam im Posten Personalaufwand ausgewiesen.

Der Rechnungszinssatz für Abfertigungsrückstellungen wird vom Versicherungsmathematiker aus dem Stichtagszinssatz basierend auf Marktzinssätzen von Unternehmensanleihen hoher Bonität abgeleitet.

In den **sonstigen Rückstellungen** werden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe sowie dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag nach bestmöglicher Schätzung erfasst.

Langfristige Rückstellungen werden, sofern der Abzinsungsbetrag wesentlich ist, abgezinst.

Für Structuring Fees (Anschaffungskosten in Zusammenhang mit der Strukturierung von Fonds) wurde im Abschluss 2018 eine Rückstellung gebildet, die zum Zeitpunkt der Rücklösung des jeweiligen Geschäftes verwendet wird. Im laufenden Geschäftsjahr gab es eine Verwendung der Rückstellung in Höhe von 286.412,23 Euro (2022: 198 Tsd. Euro). Die Rückstellung wurde im Geschäftsjahr 2023 zur Gänze verwendet.

Treuhandvermögen und Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften

In der Position Treuhandvermögen werden die von der OeEB als Treuhänder gesteuerten Geschäfte, die im § 3 des Vertrages basierend auf § 9 Abs 1 Ausfuhrförderungsgesetz geregelt sind, ausgewiesen. Zur Umsetzung ihres Mandats kann die OeEB auch Beteiligungen an Fonds und Gesellschaften in Form von Eigenkapitalbeteiligungen und beteiligungsähnlichen Rechtsgeschäften aus Bundesmitteln eingehen. Der Einsatz der Treuhandmittel für Beteiligungen erfolgt durch die OeEB treuhändig im eigenen Namen und auf Rechnung des BMF. Weiters besteht eine Kofinanzierung mit dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie bei einem der Projekte. Zusätzlich werden treuhändig vergebene Kredite, die im Rahmen der African-Austrian SME Investment Facility (AAIF) abgeschlossen wurden, hier ausgewiesen. Darüber hinaus ist auch ein gesondertes Konto des Bundes, in weiterer Folge Treuhandkonto genannt, in der Summe enthalten. Außerdem enthält die Position restrukturierte Schadensfälle aus dem Investitionsfinanzierungsgeschäft, die für das BMF weitergeführt werden.

Gemäß § 48 Abs 1 BWG besteht die Möglichkeit, Treuhandvermögen unter der Bilanz auszuweisen, sofern eine besondere Regelung es ermöglicht, es im Falle einer gerichtlich angeordneten Liquidation des Kreditinstitutes aus der Masse auszusondern. Für das im Jahresabschluss der OeEB ausgewiesene Treuhandvermögen des Bundes besteht ein solches Aussonderungsrecht, daher erfolgt der Ausweis unter der Bilanz.

Gleichzeitig wird auf der Passivseite die Herausgabeverpflichtung, die in der OeEB aufgrund des im § 48 Abs 1 BWG genannten Aussonderungsrechtes gegenüber dem BMF entstanden ist, ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Berichtswährung ist der Euro. Fremdwährungspositionen werden grundsätzlich mit dem Devisen-Mittelkurs bewertet.

Erläuterungen der Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

Täglich fällige Forderungen in Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
In Euro	31.832.340,49	36.575
In US-Dollar	938.190,44	1.263
Summe	32.770.530,93	37.837

Nicht täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute gem. §64 Abs 1 Z 4 BWG

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Bis drei Monate	17.768.604,62	24.890
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	78.792.279,87	71.013
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	184.125.500,22	251.544
Mehr als fünf Jahre	72.891.902,93	79.453
Summe	353.578.287,64	426.900

Zinsabgrenzungen in Höhe von 4.340.095,77 Euro (2022: 4.218 Tsd. Euro) wurden unter dem Laufzeitband bis drei Monate erfasst.

Sonstige Forderungen

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
In Euro	80.231.441,91	62.625
In US-Dollar	273.346.845,73	364.275
Summe	353.578.287,64	426.900

In den sonstigen Forderungen an Kreditinstitute sind nachrangige Kredite in Höhe von 72.581.551,56 Euro (2022: 74.840 Tsd. Euro) sowie Schuldverschreibungen ohne Börsennotierung aus dem Bereich Investitionsfinanzierungen in Höhe von 23.490.114,74 Euro (2022: 0 Tsd. Euro) enthalten.

Forderungen an Kunden

Forderungen in Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
In Euro	377.363.906,83	306.758
In US-Dollar	269.721.152,97	250.350
Summe	647.085.059,80	557.108

Diese Bilanzposition beinhaltet auch Schuldverschreibungen ohne Börsennotierung aus dem Bereich Investitionsfinanzierungen in Höhe von 70.371.900,49 Euro (2022: 14.498 Tsd. Euro), davon sind 61.231.629,00 Euro (2022: 5.029 Tsd. Euro) nachrangig. Zusätzlich wird auch eine nicht börsennotierte Bildungsanleihe in Höhe von 67.980,81 Euro (2022: 59 Tsd. Euro) ausgewiesen. In der Position sind nachrangige Kredite in Höhe von 24.045.798,33 Euro (2022: 8.592 Tsd. Euro) enthalten.

Nicht täglich fällige Forderungen an Kunden gem. § 64 Abs 1 Z 4 BWG

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Bis drei Monate	22.202.585,00	21.068
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	72.904.727,56	66.445
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	335.866.349,32	294.444
Mehr als fünf Jahre	216.111.397,92	175.150
Summe	647.085.059,80	557.108

Zinsabgrenzungen in Höhe von 8.401.137,68 Euro (2022: 4.966 Tsd. Euro) wurden unter dem Laufzeitband bis drei Monate erfasst.

Wertpapiere

Zu den einzelnen Wertpapierkategorien ist im Sinne von § 64 Abs 1 Z 10 und 11 BWG zu berichten:

Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
In Euro	196.294.633,25	141.120
In US-Dollar	153.208.635,29	168.634
Summe	349.503.268,54	309.754

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Zum Börsenhandel zugelassen und börsennotiert	15.555.000,54	15.177
Summe	15.555.000,54	15.177

Im nächsten Geschäftsjahr erfolgen keine Tilgungen von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (2022: keine). Ein Betrag von 37.343,56 Euro wird an Zinsen für 2023 fällig (2022: 37 Tsd. Euro) werden.

Aus diesen Wertpapieren des Anlagevermögens ergeben sich folgende stille Reserven bzw. stille Lasten:

Stille Reserven und Stille Lasten

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023			31.12.2022		
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Stille Reserven/ Lasten	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Stille Reserven/ Lasten
Veranlagungsportfolio mit stillen Reserven	8.790.096,19	8.937.718,93	147.622,74	-	-	-
Veranlagungsportfolio mit stillen Lasten	6.764.904,35	6.734.094,63	-30.809,72	15.177	14.935	-242
Summe	15.555.000,54	15.671.813,56	116.813,02	15.177	14.935	-242

Die stillen Lasten resultieren aus fix verzinsten Anleihen, bei welchen der Marktwert aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus gesunken ist. Wertpapiere mit stillen Lasten werden regelmäßig im Hinblick auf das Kreditrisiko analysiert und bewertet. Auf Basis dieser Analysen war eine außerplanmäßige Abschreibung nicht erforderlich, da die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist.

Angaben gemäß § 56 BWG

§ 56 Abs 2 BWG: Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens, welche zum Börsenhandel zugelassen und börsennotiert sind, beträgt der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag 19.460,00 Euro (2022: 19 Tsd. Euro).

Die unter „Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Fondsanteile sind dem Anlagevermögen gewidmet und wurden in Höhe von 343.216.844,38 Euro (2022: 304.103 Tsd. Euro) im Rahmen der Investitionsfinanzierung angeschafft.

In Höhe von 6.286.424,16 Euro (2022: 5.651 Tsd. Euro) betreffen sie Investments in Private Equity Fonds, die gemäß Vereinbarung zwischen BMF und OeEB vom 17.11.2016 im Rahmen des Geschäftsfeldes Beteiligungen getätigt wurden. Diese Projekte aus eigenen Mitteln der OeEB sind im eigenen Namen und auf eigene Rechnung unter Einsatz verfügbarer freier Rücklagen umzusetzen.

Die unter den „Anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren“ ausgewiesenen Wertpapiere sind 2023 und 2022 zur Gänze nicht zum Börsenhandel zugelassen.

Beteiligungen

Die OeEB hält zum Ende des Geschäftsjahres eine 7,63%ige Beteiligung an der European Financing Partners S.A. und eine 7,69%ige Beteiligung an der Interact Climate Change Facility S.A., beide Gesellschaften haben ihren Sitz in Luxemburg. Im Geschäftsjahr 2021 wurde zudem eine 10%ige Beteiligung an der EDFI Management Company S.A. mit Sitz in Belgien eingegangen.

Seit 2018 ist die OeEB an der Einlagensicherung AUSTRIA Ges.m.b.H. mit 1,0 % beteiligt.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Jänner 2019 wurde eine 100%ige Tochtergesellschaft, die OeEB Impact GmbH, gegründet. Das Eigenkapital zum 31.12.2023 beträgt 345.228,58 Euro (2022: 365 Tsd. Euro), der Jahresfehlbetrag 2023 belief sich auf 19.603,98 Euro (2022: Jahresüberschuss 38 Tsd. Euro).

Anlagevermögen

Anlagenspiegel 2023 - Anschaffungskosten

Euro	1.1.2023	Effekte aus FX-Bewertung	Zugänge	Abgänge	31.12.2023
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.140.785,24	0,00	37.343,56	94.015,24	15.084.113,56
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	325.082.631,75	-6.039.884,49	111.430.668,53	80.077.660,05	350.395.755,74
Schuldverschreibungen und Wertpapiere	340.223.416,99	-6.039.884,49	111.468.012,09	80.171.675,29	365.479.869,30
Beteiligungen	80.798,02	0,00	0,00	0,00	80.798,02
Anteile an verbundenen Unternehmen	35.000,00	0,00	0,00	0,00	35.000,00
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	115.798,02	0,00	0,00	0,00	115.798,02
Software	127.000,00	0,00	0,00	0,00	127.000,00
Immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens	127.000,00	0,00	0,00	0,00	127.000,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	460,00	0,00	0,00	0,00	460,00
Fuhrpark	40.854,00	0,00	5.094,14	0,00	45.948,14
Geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen	41.314,00	0,00	5.094,14	0,00	46.408,14
Summe	340.507.529,01	-6.039.884,49	111.473.106,23	80.171.675,29	365.769.075,46

Anlagenspiegel 2023 - Abschreibungen

Euro	1.1.2023	Effekte aus FX-Bewertung	Zugänge	Zuschrei- bungen	Abgänge	31.12.2023
Schuldverschreibungen und andere festver- zinsliche Wertpapiere	-95.423,19	0,00	0,00	-377.711,77	2.247,98	-470.886,98
Andere nicht festver- zinsliche Wertpapiere	830.818,39	-17.900,11	174.958,60	-20.948,00	-74.441,68	892.487,19
Schuldverschreibungen und Wertpapiere	735.395,20	-17.900,11	174.958,60	-398.659,77	-72.193,70	421.600,21
Beteiligungen	15.650,91	0,00	0,00	-6.461,21	0,00	9.189,70
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Beteiligungen	15.650,91	0,00	0,00	-6.461,21	0,00	9.189,70
Software	126.300,00	0,00	700,00	0,00	0,00	127.000,00
Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	126.300,00	0,00	700,00	0,00	0,00	127.000,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	299,00	0,00	46,00	0,00	0,00	345,00
Fuhrpark	19.746,10	0,00	8.680,21	0,00	0,00	28.426,31
Geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	34,66	0,00	-34,66	0,00
Sachanlagen	20.045,10	0,00	8.760,87	0,00	-34,66	28.771,31
Summe	897.391,21	-17.900,11	184.419,47	-405.120,98	-72.228,36	586.561,22

Anlagenspiegel 2023 - Buchwert

Euro	1.1.2023	31.12.2023
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.236.208,43	15.555.000,54
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	324.251.813,36	349.503.268,54
Schuldverschreibungen und Wertpapiere	339.488.021,79	365.058.269,08
Beteiligungen	65.147,11	71.608,32
Anteile an verbundenen Unternehmen	35.000,00	35.000,00
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	100.147,11	106.608,32
Software	700,00	0,00
Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	700,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	161,00	115,00
Fuhrpark	21.107,90	17.521,83
Geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	0,00
Sachanlagen	21.268,90	17.636,83
Summe	339.610.137,80	365.182.514,23

Sonstige Vermögensgegenstände

2023 in Euro	Restlaufzeit		Bilanzwert
	< ein Jahr	> ein Jahr	
Sonstige Forderungen Ausland	187.444,37	50.000,00	237.444,37
Forderungen Finanzamt	1.265.953,76	0,00	1.265.953,76
Übrige	33.361,50	0,00	33.361,50
Summe	1.486.759,63	50.000,00	1.536.759,63

2022 in Tsd. Euro	Restlaufzeit		Bilanzwert
	< ein Jahr	> ein Jahr	
Sonstige Forderungen Ausland	229	50	279
Forderungen Finanzamt	934	0	934
Übrige	46	0	46
Summe	1.209	50	1.259

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Erträge in Höhe von 187.485,87 Euro (2022: 241 Tsd. Euro) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern zum Bilanzstichtag wurden für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen und unternehmensrechtlichen Wertansatz für folgende Posten gebildet:

Latente Steuern in Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Langfristige Personalrückstellungen	96.210,47	76
Beteiligungen	521,59	2
Vorsorge Structuring Fee für Fonds	0,00	67
Private Equity Fonds	172.273,76	43
Summe	269.005,82	188

Die latenten Steuern entwickelten sich wie folgt:

Latente Steuern in Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	2023	2022
Stand 1.1.	188.023,65	269
Erfolgswirksame Veränderung	80.982,17	-81
Stand 31.12.	269.005,82	188

Die Ausschüttungssperre nach § 235 Abs 2 UGB (aktivierte latente Steuern) kommt aufgrund der ausreichend vorhandenen freien Rücklagen nicht zur Anwendung.

Verbindlichkeiten

Nicht täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gem. § 64 Abs 1 Z 4 BWG

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Bis drei Monate	82.043.986,29	40.280
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	165.641.673,92	185.905
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	641.548.024,43	672.989
Mehr als fünf Jahre	427.419.573,86	371.048
Summe	1.316.653.258,50	1.270.223
<i>In Euro</i>	<i>631.171.929,03</i>	<i>494.183</i>
<i>In US-Dollar</i>	<i>685.481.329,47</i>	<i>776.040</i>

Zinsabgrenzungen in Höhe von 13.023.061,36 Euro (2022: 7.742 Tsd. Euro) wurden unter dem Laufzeitband bis drei Monate erfasst.

**Nicht täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gem. § 64
Abs 1 Z 4 BWG**

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Bis drei Monate	96.531,03	90
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	236.305,17	236
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.895.594,49	6.211
Summe	6.228.430,69	6.537

Zinsabgrenzungen in Höhe von 17.762,64 Euro (2022: 11 Tsd. Euro) wurden unter dem Laufzeitband bis drei Monate erfasst.

Sonstige Verbindlichkeiten

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Sonstige Verbindlichkeiten Inland	2.558.622,95	953
Verbindlichkeiten ggü. BMF aus Haftungsentgelten	6.879.121,00	6.290
Verbindlichkeiten ggü. BMF aus Advisory Programmes	5.245,11	5
Übrige	406.083,83	264
Summe	9.849.072,89	7.511

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen in Höhe von 7.865.896,80 Euro (2022: 7.275 Tsd. Euro) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind kurzfristig.

Rückstellungen

Die Abfertigungsrückstellungen veränderten sich im Geschäftsjahr von 329 Tsd. Euro um 96 Tsd. Euro auf 425.284,00 Euro. In den Abfertigungsrückstellungen sind die Vorsorgen in Zusammenhang mit dem Sterbequartal enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen setzten sich wie folgt zusammen:

Sonstige Rückstellungen in Euro	Stand 1.1.2023	Zuführung	Verwendung	Auflösung	Stand 31.12.2023
Urlaubstagerückstellung	331.497,94	368.990,81	331.497,94	0,00	368.990,81
Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	53.900,00	55.600,00	53.900,00	0,00	55.600,00
Vorsorge für Structuring Fees	286.412,23	0,00	286.412,23	0,00	0,00
Sonstige Rückstellungen	691.248,88	513.736,01	518.021,53	88.808,55	598.154,81
Summe	1.363.059,05	938.326,82	1.189.831,70	88.808,55	1.022.745,62

Eigenkapital

Das **Grundkapital** der OeEB in Höhe von 5 Mio. Euro ist in 50.000 auf Namen lautende, nennwertlose Stückaktien zerlegt, von denen jede am Grundkapital in gleichem Umfang beteiligt ist. Die Gewinnverteilung für das Geschäftsjahr 2023 wird in der Aufsichtsratssitzung vorgeschlagen und in der Hauptversammlung beschlossen.

Die **Gesamtkapitalrentabilität** für 2023 beträgt 0,30 % (2022: 0,27 %).

Die Zusammensetzung und Entwicklung der **Gewinnrücklagen** im Geschäftsjahr 2023 sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Gewinnrücklagen in Euro	Gesetzliche Rücklage	Aus Technical Assistance (TA)	Andere Rücklagen	
			Übrige	Gesamt
Stand 1.1.2023	500.000,00	1.335.323,91	51.822.776,09	53.658.100,00
Auflösung	0,00	-570.563,18	0,00	-570.563,18
Zuführung	0,00	420.038,16	1.087.925,02	1.507.963,18
Stand 31.12.2023	500.000,00	1.184.798,89	52.910.701,11	54.595.500,00

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen BMF und OeEB vom 17.11.2016 werden ab 1.1.2017 Technical Assistance-Mittel von der OeEB selbst bereitgestellt. Demnach ist vorgesehen, für Projekte im Bereich Business Advisory Services im Folgejahr Mittel im Ausmaß von 10 % des Jahresüberschusses des laufenden Geschäftsjahres zur Verfügung zu stellen. Im vorliegenden Jahresabschluss erfolgt dementsprechend eine Dotierung zu den anderen (freien) Gewinnrücklagen für die Technical Assistance im Rahmen der Business Advisory Services in Höhe von 420.038,16 Euro (2022: 365 Tsd. Euro).

Wird das vorgesehene Budget für neue Technical Assistance-Projekte in einem Jahr nicht ausgenützt, bleibt der nicht ausgenützte Betrag für die Folgejahre weiter verfügbar.

Die Auflösung der Rücklage aus Technical Assistance im Geschäftsjahr 2023 in Höhe von 570.563,18 Euro (2022: 572 Tsd. Euro) entspricht den Aufwendungen des jeweiligen Geschäftsjahres für Technical Assistance, die im Sachaufwand gezeigt werden. Diese Aufwendungen dienen der Verbesserung der entwicklungs-politischen Wirksamkeit mit projektvorbereitenden und -begleitenden Maßnahmen sowie Studien.

Weiters wurden vom Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2023 1.087.925,02 Euro (2022: 3.669 Tsd. Euro) den übrigen freien Rücklagen zugeführt. Die übrigen freien Rücklagen sind gem. § 8 Z 2 des Vertrages gemäß § 9 Abs 1 Ausfuhrförderungsgesetz in Folgejahren für die Zwecke der OeEB zu verwenden.

Die **Gewinnrücklagen** beinhalten weiters mit 500.000,00 Euro (2022: 500 Tsd. Euro) die gesetzliche Rücklage und erfüllen das Erfordernis, dass die gesetzliche Rücklage gemäß § 229 Abs 6 UGB bis mindestens zur Höhe von 10 % des Grundkapitals zu dotieren ist.

Im Geschäftsjahr wurde keine **Hafrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG** dotiert.

Treuhandgeschäfte

Nachfolgende Tabelle enthält eine Aufstellung der Treuhandgeschäfte, die im Rahmen der Business Advisory Services und der „Beteiligungen aus Bundesmitteln“ gemäß § 3 des Vertrages gemäß § 9 Abs 1 Ausfuhrförderungsgesetz eingegangen wurden, sowie das Treuhandkonto des Bundes. Außerdem wurden im Rahmen von Restrukturierungsfällen aus dem Bereich Investitionsfinanzierungen Beteiligungen und Kredite seitens des Bundes abgeschlossen, die ebenfalls treuhändig von der OeEB geführt werden. Seit dem Geschäftsjahr 2020 wird im Auftrag des BMF und mit Mitteln gem. § 7 Abs 3 AusfFG in eine neue Investitionsfazilität („African-Austrian SME Investment Facility“ – AAIF) investiert.

		31.12.2023	31.12.2022
		Euro	Tsd. Euro
Treuhandvermögen			
CGFT Capital Pooling GmbH & Co. KG	Deutschland	2.232.538,47	2.261
European Fund for Southeast Europe SA, SICAV-SIF	Luxemburg	6.000.000,00	6.000
MICROFINANCE ENHANCEMENT FACILITY SA, SICAV-SIF	Luxemburg	3.000.000,00	3.000
Regional MSME Investment Fund for Sub-Saharan Africa S.A., SICAV-SIF	Luxemburg	3.000.000,00	3.000
Summe im Rahmen der Business Advisory Services		14.232.538,47	14.261
Adenia Capital IV LP	Mauritius	6.466.105,00	6.331
Africa Renewable Energy Fund II SCSP	Luxemburg	2.092.156,88	1.792
Africa Renewable Energy Fund L.P.	Mauritius	7.213.871,49	7.156
AFRICINVEST FUND IV LLC	Mauritius	2.406.450,68	1.111
ALCAZAR ENERGY PARTNERS II SLP (SCSP)	Luxemburg	144.812,13	-
Ascent Rift Valley Fund Ltd.	Mauritius	3.635.828,69	3.872
Cambodia Laos Myanmar Development Fund II L.P.	Singapur	6.639.494,38	6.305
Catalyst MENA Clean Energy Fund L.P.	Guernsey Insel	1.062.459,73	2.988
Caucasus Clean Energy Fund I	Guernsey Insel	5.564.876,92	4.496
CEE Special Situations Fund, L.P.	Jersey Insel	20.070.075,25	22.336
Dolma Impact Fund I	Mauritius	4.132.060,03	3.949
DWM Funds S.C.A. SICAV-SIF	Luxemburg	4.145.124,73	4.338
European Investment Fund Central European Fund of Funds	Luxemburg	5.984.579,35	5.000
Frontier Energy II Alpha K/S	Dänemark	3.694.782,65	3.240
SEAF Caucasus Growth Fund L.P.	Kaimaninseln	1.653.072,32	1.992
ShoreCap II Limited	Mauritius	483.870,55	434
ShoreCap III, LP	Mauritius	2.110.418,40	2.018
Susi Asia Energy Transition Fund (SAETF)	Luxemburg	3.789.849,24	1.152
The Enterprise Expansion Fund S.A.(ENEF) SICAV-SIF	Luxemburg	2.128.698,01	2.225
Women´s World Banking Capital Partners, L.P.	USA	4.278.914,93	3.883
Summe im Rahmen der Beteiligungen		87.697.501,36	84.618
CJSC AccessBank	Aserbaidtschan	6.646.832,57	6.707
PT Sarana Majukan Ekonomi Finance Indonesia	Indonesien	1.224.687,55	2.416
SEKEM Holding for Investment Company S.A.E.	Ägypten	3.898.620,08	4.692
Summe im Rahmen von Restrukturierungen aus Investitionsfinanzierungen		11.770.140,20	13.815
AMABO GmbH	Österreich	490.000,00	494
BIOTAN Austria GmbH	Österreich	800.000,00	-
ESME GmbH	Österreich	2.058.398,24	1.718
LR Ethiopia Medical	Äthiopien	506.805,56	-
Voltares Development GmbH	Österreich	1.500.000,00	-
Westa Solar GmbH	Österreich	1.500.000,00	1.500
Summe im Rahmen der African Austrian SME Investment Facility		6.855.203,80	3.712
Stand des Treuhandkontos zum Stichtag		49.219.125,32	42.343
Summe Treuhandvermögen		169.774.509,15	158.749

Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften

In dieser Position wird die Herausgabeverpflichtung, die in der OeEB aufgrund des im § 48 Abs 1 BWG genannten Aussonderungsrechtes bei Treuhandvermögen gegenüber dem BMF entstanden ist, ausgewiesen.

Finanzinstrumente

Zu den Bilanzstichtagen 31.12.2023 und 31.12.2022 hatte die Gesellschaft keine derivativen Finanzinstrumente.

Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge

Zinsen und ähnliche Erträge aus Kredit- und Veranlagungsgeschäften

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Für Forderungen an Kreditinstitute	30.344.838,79	18.840
Für Forderungen an Kunden	40.051.807,25	19.753
Für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.412.814,04	930
Summe	75.809.460,08	39.523

In diesem Jahr waren in den Zinserträgen keine Mindererträge infolge negativer Zinsen aus täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute (2022: 90 Tsd. Euro) enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Aufgliederung der Zinserträge gem. § 64 Abs 1 Z 9 BWG nach geografischen Märkten:

Zinsen und ähnliche Erträge aus Kredit- und Veranlagungsgeschäften

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Afrika	10.616.510,82	5.395
Zentralamerika und Karibik	21.103.296,13	10.445
Asien	22.270.974,33	12.345
Südost- und Osteuropa	16.830.997,29	7.608
Überregional	4.987.681,51	3.729
Summe	75.809.460,08	39.523

Zinsaufwendungen

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60.236.679,14	18.671
Für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	212.693,85	23
Summe	60.449.372,99	18.694

Im Jahr 2023 waren in den Zinsaufwendungen keine Minderaufwendungen infolge negativer Zinsen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (2022: 308 Tsd. Euro) enthalten.

Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

Der Posten in Höhe von 20.474.890,59 Euro (2022: 10.679 Tsd. Euro) bestand hauptsächlich aus den Erträgen von Wertpapieren des Anlagevermögens, die aufgrund der umfassenden Haftungen für politische und wirtschaftliche Risiken (§ 9 AusfFG) phasengleich bis zum garantierten Maximalbetrag vereinnahmt werden.

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Aufgliederung der Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen gem. § 64 Abs 1 Z 9 BWG nach geografischen Märkten:

Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Afrika	1.467.538,59	764
Zentralamerika und Karibik	2.456.423,09	1.898
Überregional	16.550.928,91	8.017
Summe	20.474.890,59	10.679

Provisionserträge und Provisionsaufwendungen

Provisionserträge

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Haftungsprovisionen	1.087.529,39	1.474
Commitment and Monitoring Fees	1.383.632,74	1.228
Management Fees	1.511.958,08	2.020
Gestionsentgelt Fonds und Bundesbeteiligungen	1.327.879,39	1.305
Summe	5.310.999,60	6.026

Die Provisionserträge betrafen im Wesentlichen die vereinnahmten Fees und Haftungsprovisionen im Zusammenhang mit Kreditzusagen für Investitionsfinanzierungen sowie die Abgeltung der Aufwendungen im Zuge der von der OeEB teilweise treuhändig für das BMF erbrachten Leistungen für Beteiligungen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Aufgliederung der **Provisionserträge** gem. § 64 Abs 1 Z 9 BWG **nach geografischen Märkten**:

Provisionserträge

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Afrika	626.440,57	613
Zentralamerika und Karibik	740.637,86	1.049
Asien	1.222.286,36	1.496
Südost- und Osteuropa	2.299.913,03	2.764
Überregional	421.721,78	104
Summe	5.310.999,60	6.026

Provisionsaufwendungen

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Haftungsentgelte (§ 9 AusfFG)	19.910.334,00	17.592
Übrige	180.062,48	112
Summe	20.090.396,48	17.704

Die Provisionsaufwendungen bestanden größtenteils aus den zeitanteilig abgegrenzten Haftungsentgelten, die an das BMF aufgrund der Haftungen für politische und wirtschaftliche Risiken (§ 9 AusfFG) zu entrichten sind.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 515.587,81 Euro (2022: 531 Tsd. Euro) entstanden hauptsächlich aus der Weiterverrechnung von Aufwendungen sowie aus verrechneten Dienstleistungen der OeEB.

Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)

Die Verwaltungsaufwendungen betrafen im Wesentlichen Mietaufwendungen, Reisekosten, Aufwendungen für Dienstleistungen sowie für Prüfung und Beratung.

In den **Aufwendungen für den Abschlussprüfer und dessen Netzwerkgesellschaften** waren Kosten für die Jahresabschlussprüfung in Höhe von 57.227,78 Euro (2022: 54 Tsd. Euro) sowie Aufwendungen für prüfungsnahe Tätigkeiten in Höhe von 4.680,00 Euro (2022: 4 Tsd. Euro) enthalten.

Wertberichtigungen auf und Abschreibungen von Forderungen und Wertpapieren des Umlaufvermögens

In diesem Posten wurden Abschreibungen auf Forderungen und Zuweisungen zu Wertberichtigungen aus überfälligen Forderungen in Höhe von 443.315,03 Euro (2022: 155 Tsd. Euro) ausgewiesen. Wertberichtigt werden Forderungen, die nicht von der Bundesgarantie umfasst sind, wie beispielsweise Verzugszinsen und diverse Gebühren in Zusammenhang mit der Bereitstellung von Krediten.

Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Zuschreibungen auf und der Veräußerung von Wertpapieren des Umlaufvermögens

Im Jahr 2023 gab es keine Auflösung der Wertberichtigung gem. § 57 Abs 1 BWG (2022: 170 Tsd. Euro) und auch keine Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen (2022: 133 Tsd. Euro).

Wertberichtigungen auf und Veräußerungsverluste aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen

Die Wertberichtigungen auf und Veräußerungsverluste aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen, setzen sich wie folgt zusammen:

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	2023	2022
Veräußerungsverlust Structuring Fees (Tilgungen)	4.718,97	0
Abschreibungen Structuring Fees	21.637,51	56
Abschreibungen Wertpapiere	1.900,73	-
Summe	28.257,21	56

Da durch die Bundesgarantie nicht mehr der gesamte Zahlungsbetrag (Subscription Amount und Structuring Fee) bei der Zeichnung von Fondsanteilen gedeckt wird, wird die Structuring Fee zum Zeitpunkt der Anschaffung abgeschrieben. Im Jahr 2023 belief sich die Abschreibung auf 21.637,51 Euro (2022: 56 Tsd. Euro).

Steuerabgrenzungen

Der Posten Steuern vom Einkommen setzt sich wie folgt zusammen:

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	2023	2022
Laufende Steuern bzw. aus dem Vorjahr	1.296.497,45	1.127
Auflösung (-)/Zuweisung (+) latente Steuern	-80.982,17	81
Summe	1.215.515,28	1.208

Ergänzende Angaben

Außerbilanzielle Geschäfte

Im Posten Eventualverbindlichkeiten wurden ausschließlich Risikounterbeteiligungen der OeEB an von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, und Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG), Köln, gewährten Darlehen ausgewiesen. Die OeEB beteiligt sich im Innenverhältnis gegenüber der KfW und der DEG in Höhe ihres Risikoanteils, indem sie die Haftung für den jeweils ausstehenden Darlehensbetrag zuzüglich der auf den Risikoanteil entfallenden Zinsen übernimmt.

Eventualverbindlichkeiten

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Risikounterbeteiligungen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main	6.637.938,26	8.553
Risikounterbeteiligungen von der Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln	31.822.021,37	34.669
Summe	38.459.959,63	43.223

Für diese Risikounterbeteiligungen liegen **Haftungen** für politische und wirtschaftliche Risiken (§ 9 AusfFG) vor, die die Vertragszinsen bis zur jeweiligen vertraglichen Fälligkeit aus dem Kreditvertrag inklusive Risikoentgelt der OeEB aus der Risikobeteiligungsvereinbarung decken.

Die unter der Bilanz ausgewiesenen **Kreditrisiken** bestanden aus noch nicht in Anspruch genommenen Finanzierungszusagen (Kreditrahmen und Wertpapierabnahmeverpflichtungen). Die OeEB erhält zur Absicherung der Risiken eine Haftung für politische und wirtschaftliche Risiken der Republik Österreich für jede Transaktion (§ 9 AusfFG).

Kreditrisiken

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Kreditrahmen	169.502.143,33	127.963
Wertpapierabnahmeverpflichtungen	44.529.353,54	7.285
Summe	214.031.496,87	135.247

Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf fremde Währungen lauten

Zum Stichtag gab es Fremdwährungspositionen mit folgenden Euro Gegenwerten:

- Aktiva: 697.305.218,86 Euro (2022: 784.635 Tsd. Euro)
- Passiva: 685.871.998,79 Euro (2022: 776.083 Tsd. Euro)

Die Differenz zwischen Aktiva und Passiva resultiert zum einen aus unterschiedlichen Zinssätzen zwischen den Projektinvestitionen und den damit zusammenhängenden Refinanzierungen. Dies ergibt sich daraus, dass die durch den Bund garantierten Erträge über den Refinanzierungskosten lagen. Zum anderen gibt es ein Bankkonto sowie Forderungen in Zusammenhang mit Projektinvestitionen lautend auf US-Dollar.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Gesonderte Angabe der Beträge der in den folgenden Aktiv- und Passivposten enthaltenen (unverbrieften) Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute	32.462.000,22	37.543
Sonstige Vermögenswerte	0,00	-
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.316.653.258,50	1.241.576
Sonstige Verbindlichkeiten	391.007,60	690

Als Sicherheit für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dienen die Forderungen, die in den Aktivposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen sind und die Anteile im Posten Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von insgesamt 1.302.853.366,19 Euro (2022: 1.234.329 Tsd. Euro) sowie die Abtretung der Ansprüche aus der Haftung für politische und wirtschaftliche Risiken (§ 9 AusfFG) des BMF.

Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen

Die künftigen Mietverpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen werden für 2024 mit 259.932,29 Euro (2022: für 2023 mit 319 Tsd. Euro) und für den Zeitraum 2024–2028 mit 1.756.236,02 Euro (2022: 2023–2027 mit 1.506 Tsd. Euro) prognostiziert.

Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen

Die im Posten enthaltenen Beträge resultierten aus der Dotation der Abfertigungsrückstellung in Höhe von 86.448,00 Euro (2022: Auflösung 39 Tsd. Euro), aus der Dotation der Vorsorgen für Leistungen aus dem Sterbequartal in Höhe von 9.406,00 Euro (2022: Auflösung 12 Tsd. Euro) und aus Aufwendungen für Leistungen an die betriebliche Mitarbeitervorsorgekasse in Höhe von 107.099,69 Euro (2022: Aufwendungen in Höhe von 98 Tsd. Euro).

Eine Aufgliederung der Beträge auf Angestellte, leitende Mitarbeiter und Vorstand wird mit Hinweis auf die Schutzklausel gem. § 242 Abs 4 UGB unterlassen.

Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 70,58 (2022: 70,33) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Beziehungen zu verbundenen und nahestehenden Unternehmen

Die Oesterreichische Entwicklungsbank AG mit Sitz in Wien (OeEB, FN 304601v, Handelsgericht Wien) ist eine 100%ige Tochter der Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft (OeKB, FN 85749b, Handelsgericht Wien) und wird in deren Konzernabschluss im Wege der Vollkonsolidierung miteinbezogen. Der Konzernabschluss nach IFRS wird auf der OeKB-Website (www.oekb.at) veröffentlicht.

Die OeEB Impact GmbH mit Sitz in Wien (FN 505139 b, Handelsgericht Wien) ist eine 100%ige Tochter der OeEB und wurde am 19.01.2019 im Firmenbuch eingetragen.

Die Offenlegung gemäß Teil 8 der CRR (VO [EU] Nr. 575/2013) erfolgt in dem von der OeKB erstellten Offenlegungsbericht. Angaben dazu finden sich auf der OeKB-Website (www.oekb.at).

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen fanden zu fremdüblichen Konditionen statt.

Die OeEB hat mit der OeKB einen Dienstleistungsvertrag geschlossen, welcher die Erbringung von Dienstleistungen seitens der OeKB regelt. Diese Dienstleistungsvereinbarung umfasst Rechnungswesen, Personalverwaltung, Informatik, Interne Revision und sonstige Dienstleistungen.

Die Geschäfte der OeEB werden überwiegend durch die OeKB zu marktüblichen Konditionen refinanziert, um die jederzeitige Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln zu gewährleisten.

Zwischen OeEB und OeEB Impact GmbH wurde ein Dienstleistungsvertrag geschlossen, welcher die Erbringung von Dienstleistungen seitens der OeEB regelt.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es gab keine Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag.

Zusätzliche Angaben gemäß BWG

Eigenmittel gem. Teil 2 der VO(EU) Nr. 575/2013

Euro (Vorjahr: Tsd. Euro)	31.12.2023	31.12.2022
Eigenmittel gem. Teil 2 der VO (EU) Nr. 575/2013		
Grundkapital	5.000.000,00	5.000
Gewinnrücklagen	54.595.500,00	53.658
Abzgl. Gewidmete Rücklage für Technical Assistance (TA) ¹	-1.184.798,89	-1.335
Abzgl. Zuweisung zu Gewinnrücklagen ²	-1.087.925,02	-3.669
Haftrücklage	22.555,72	23
Summe Rücklagen	52.345.331,81	48.676
Immaterielle Vermögenswerte	0,00	-1
Kernkapital (Tier 1)	57.345.331,81	53.675
Summe Eigenmittel	57.345.331,81	53.675
Eigenmittelanforderungen gem. Art. 92 der VO (EU) Nr. 575/2013		
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Kreditrisiko	1.903.565,84	1.662
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Marktrisiko	0,00	1.222
Gesamtrisikobetrag der Risikopositionen für operationelle Risiken (Basisindikatoransatz)	38.755.772,29	37.336
Gesamtrisikobetrag	40.659.338,14	40.220

¹ Siehe Eigenkapital

² Gem. Art 26 Abs 2 CRR werden Gewinne zum Jahresende erst mit dem offiziellen Beschluss zur Bestätigung des endgültigen Jahresergebnisses dem harten Kernkapital zugerechnet.

Daraus errechnen sich zum 31. Dezember 2023 und 2022 die folgenden Relationen gemäß Art 92 Abs 1 lit a bis c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013, die den Mindestquoten für das Kreditinstitut gegenübergestellt sind:

In Prozent	31.12.2023		31.12.2022	
	Mindestquote	Tatsächliche Quote	Mindestquote	Tatsächliche Quote
Harte Kernkapitalquote	7,009	141,039	7,009	133,452
Kernkapitalquote	8,509	141,039	8,509	133,452
Gesamtkapitalquote	10,509	141,039	10,509	133,452

Die zum 31. Dezember 2023 erforderlichen Quoten ergaben sich unverändert, aus Art 92 Abs 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013, den zusätzlichen Kapitalpufferanforderungen des Bankwesengesetzes (BWG) sowie aufgrund der Kapitalpufferverordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA).

Gemäß § 3 Abs 1 Z 7 BWG finden in Bezug auf Rechtsgeschäfte der OeEB im Rahmen der Ausfuhrförderung gemäß dem Ausfuhrförderungsgesetz und dem Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und der §§ 22 bis 24d, 39 Abs 2d in Verbindung mit 69 Abs 3, 39 Abs 3 und 4, 70 Abs 4a Z 1, 8, 9 und 11, 70b bis 70d sowie die Einbeziehung dieser Rechtsgeschäfte in die Betragsgrenze gemäß § 5 Abs 4 BWG keine Anwendung. Weiters finden gemäß § 3 Abs 2 Z 1 BWG die Bestimmungen von Teil 6 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013, die §§ 27a, 39 Abs 2b Z 7 in Verbindung mit Abs 4, 39 Abs 3 und 74 Abs 6 Z 3 lit a in Verbindung mit 74 Abs 1 BWG keine Anwendung.

Angaben über Organe

Mitglieder des Vorstandes

Mag. Sabine Gaber
Mag. Michael Wancata

Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertreten.
Die Aufgliederung der Bezüge des Vorstandes wird unter Hinweis auf § 242 Abs 4 UGB unterlassen.

Mitglieder des Aufsichtsrates

Von der Hauptversammlung gewählt

Mag. Helmut Bernkopf (Vorsitzender)
Mag. Angelika Sommer-Hemetsberger (Stellvertreterin des Vorsitzenden)
Dr. Maria-Christine Dangl
Dr. Monika Weber-Fahr

Für das Geschäftsjahr betrug die Gesamtvergütung der Kapitalvertreter im Aufsichtsrat (inklusive des Ersatzes allfälliger baren Auslagen) 42.000,00 Euro (2022: 29 Tsd. Euro).

Vom Betriebsrat delegiert

Mag. Theresa Civegna (seit 18.08.2023)
Mag. (FH) Josef Straninger
Dr. Caroline Gützer (bis 17.02.2023)
Mag. Ulrike Reisner (17.02.2023 bis 18.08.2023)

Ausschüsse

Folgende Mitglieder gehörten dem **Prüfungsausschuss** an:

Von der Hauptversammlung gewählt

Mag. Angelika Sommer-Hemetsberger (Vorsitzende)
Mag. Helmut Bernkopf (Stellvertreter der Vorsitzenden)

Vom Betriebsrat delegiert

Mag. Theresa Civegna (seit 18.08.2023)
Dr. Caroline Gützer (bis 17.02.2023)
Mag. Ulrike Reisner (17.02.2023 bis 18.08.2023)

Folgende Mitglieder gehörten dem **Personalausschuss** an:

Von der Hauptversammlung gewählt

Mag. Helmut Bernkopf (Vorsitzender)

Dr. Maria-Christine Dangl (Stellvertreterin des Vorsitzenden)

Vom Betriebsrat delegiert

Mag. (FH) Josef Straninger

Staatskommissäre

Dr. Elisabeth Gruber (Staatskommissärin)

Mag. Johann Kinast (Staatskommissär-Stellvertreter)

Die Staatskommissäre gemäß § 76 BWG sind gleichzeitig Beauftragte des Bundesministers für Finanzen gemäß § 9 des Ausfuhrförderungsgesetzes.

Wien, am 1. März 2024

Oesterreichische Entwicklungsbank AG

Der Vorstand



Mag. Sabine Gaber



Mag. Michael Wancata

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der Oesterreichische Entwicklungsbank AG, Wien, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr sowie dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2023 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und dem Bankwesengesetz.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 (im Folgenden EU-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzes und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Gestion der Aktiva des Geschäftsbereichs Investitionsfinanzierungen

Sachverhalt und Problemstellung

Die Aktiva des Geschäftsbereichs Investitionsfinanzierungen betreffen die Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (exkl. dem Eigenportfolio). Diese belaufen sich zum 31. Dezember 2023 auf EUR 1.337 Millionen.

Investitionsfinanzierungen werden von der Oesterreichische Entwicklungsbank AG unter Berücksichtigung der Ziele und Prinzipien der österreichischen Entwicklungspolitik nach Vorliegen einer Haftung der Republik Österreich für politische und wirtschaftliche Risiken (gem. § 9 Ausfuhrförderungsgesetz) ausgereicht.

Die Werthaltigkeit der Aktiva des Geschäftsbereichs Investitionsfinanzierungen hängt davon ab, ob für jede Transaktion eine Haftung der Republik Österreich mit ausreichendem Deckungsumfang vorliegt. Wenn die gesetzlichen oder vertraglich definierten Gestionskriterien nicht erfüllt sind, kann die Haftung der Republik Österreich im Rahmen der Bewertung nicht berücksichtigt werden. Um die Einhaltung der Gestionskriterien sicherzustellen, hat der Vorstand entsprechende Prozesse und Kontrollen eingerichtet. Aufgrund der komplexen Geschäftsvorfälle, der umfangreichen und teils manuellen Prozessschritte und des damit verbundenen Prüfungsaufwands sowie der Bedeutung der Posten für den Jahresabschluss haben wir die Gestion der Aktiva des Geschäftsbereichs Investitionsfinanzierungen als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt.

Wir verweisen auf die Angaben im Anhang (Kapitel „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“).

Prüferisches Vorgehen

Bei der Prüfung des Wertansatzes der Aktiva des Geschäftsbereichs Investitionsfinanzierungen haben wir insbesondere folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben die Prozesse zur Sicherstellung der Einhaltung der Gestionskriterien in den jeweiligen Fachabteilungen erhoben. Weiters haben wir analysiert, ob diese Prozesse und die darin vorgesehenen Kontrollen geeignet sind, das Vorliegen eines ausreichenden Deckungsumfangs der Haftung der Republik Österreich sicherzustellen, um den Wertansatz der Aktiva des Geschäftsbereichs Investitionsfinanzierungen im Jahresabschluss der Gesellschaft zu belegen.
- Wir haben die Ausgestaltung und Implementierung der in diesen Bereichen eingerichteten Schlüsselkontrollen, insbesondere im Hinblick auf die ordnungsgemäße Gestionierung und das Vorliegen der Auszahlungsvoraussetzungen, überprüft.
- Wir haben stichprobenweise für im Geschäftsjahr neu vergebene Finanzierungen überprüft, ob entsprechende Haftungen der Republik Österreich vorliegen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Bestätigungsvermerk.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss erstreckt sich nicht auf die sonstigen Informationen und wir geben keine Art der Zusicherung darauf ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses ist es unsere Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob sie wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss oder zu unseren bei der Abschlussprüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf der Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten zur Schlussfolgerung gelangen, dass diese sonstigen Informationen wesentlich falsch dargestellt sind, müssen wir dies berichten. Wir haben diesbezüglich nichts zu berichten.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und dem Bankwesengesetz ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der beigefügte Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

Zusätzliche Angaben nach Artikel 10 der EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 21. März 2022 als Abschlussprüfer für das am 31. Dezember 2023 endende Geschäftsjahr gewählt und am 29. März 2022 vom Aufsichtsrat mit der Durchführung der Abschlussprüfung beauftragt. Außerdem wurden wir von der Hauptversammlung am 13. März 2023 bereits für das darauffolgende Geschäftsjahr als Abschlussprüfer gewählt und am 24. März 2023 vom Aufsichtsrat mit der Abschlussprüfung beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem am 31. Dezember 2022 endenden Geschäftsjahr Abschlussprüfer der Gesellschaft.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt „Bericht zum Jahresabschluss“ mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art 5 Abs 1 der EU-VO erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von der Gesellschaft gewahrt haben.

Wien

1. März 2024

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH

Dr. Gottfried Spitzer
Wirtschaftsprüfer

Mag. Wolfgang Wurm
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Oesterreichische Entwicklungsbank AG

Firmensitz: Strauchgasse 1-3, 1011 Wien

Firmenbuchnummer: FN 304601v, Handelsgericht Wien

DVR: 3003269

UID Nummer: ATU 63944539

office@oe-eb.at

www.oe-eb.at

Satz und Produktion: In-house produziert mit firesys.

Der Bericht wird in deutscher und englischer Sprache im Internet veröffentlicht.

Redaktionsschluss: 1. März 2024



Financing
our shared
future.